Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 167. Dienstag, den 20. Juli 1915. 22. Jahrg.

Aegypten im Kriege.

Ueber die militärische und wirtschaftspolitische Lage Aegyptens dringen infolge der strengen Zensur der anglo-aegyptischen Regierung nur spärliche Nachrichten in das Ausland. Mit Argusaugen überwachen die englischen Behörden den Nachrichtendienst. Daher bringt die englische Presse nur wenige wohlfrisierte und wohltemperierte Nachrichten über das Nilstromland, und selbst die näheren und glaubwürdigeren Mitteilungen, die früher gelegentlich von italienischen und griechischen Reisenden der Presse ihres Landes übermittelt wurden, sind seit einiger Zeit, seit dem Eingriff Italiens in den Weltkrieg, so ziemlich verstummt. Ganz läßt sich natürlich die Berichterstattung über wichtige Vorgänge im ägyptischen Gebiet nicht unterdrücken, vor allem nicht über das Wirtschaftsleben Aegyptens, denn an diesem ist das englische Kapital und die englische Handelswelt im hervorragendsten Maße interessiert. Zumeist betreffen die in englischen Zeitungen erscheinenden Meldungen aus dem einstigen Pharaonenlande denn auch wirtschaftliche Verhältnisse.

Günstiges ist über Aegyptens Wirtschaftslage nicht zu berichten. Der Krieg lastet, schwer auf dem ganzen Erwerbs- und Geschäftsleben, namentlich seit dem Beginn des großen Kampfes um die Dardanellen. Der Ein- und Ausfuhrhandel des Landes hat einen schweren Schlag erlitten. Im Jahre 1913, einem guten Durchschnittsjahr, betrug der Wert der ägyptischen Einfuhr 27,86 Mill. ägyptische Pfund (ein ägyptisches Pfund gleich 20,75 Mk.), der Ausfuhrwert 31,66 Mill. ägyptische Pfund. Die Ausfuhr bestand in der Hauptsache aus Baumwolle, Baumwollsamen, Oelkuchen, Zwiebeln, Häuten und Fellen, sowie aus Zigaretten (hergestellt aus türkischen, griechischen und sonstigen Tabaken, da die englische Regierung den Tabakbau aus fiskalischen Gründen verboten hat). Die Einfuhr bestand hingegen vornehmlich aus Textilwaren, Eisen- und sonstigen Metallwaren, Kohlen, Produkten der chemischen Industrie- Bau- und Nutzholz, Weizen- und Maismehl, Vieh, Fleisch, Tabak, Kaffee und Petroleum.

Hauptabnehmer der ägyptischen Ausfuhr war England, das 1913 an dem ägyptischen Gesamtexport im Betrage von 31,66 Mill. ägyptischen Pfund mit 8,49 Mill. ägyptischen Pfund, also weit mehr als einem Viertel, beteiligt war. Dann folgen der Reihe nach Frankreich mit Algier, die Türkei, Oesterreich-Ungarn, die englischen Kolonien, Deutschland. Nach letzterem ging laut der ägyptischen Handelsstatistik nur für 1,61 Millionen Pfund der Ausfuhrwaren. An der Einfuhr Aegyptens war ebenfalls in erster Reihe Großbritannien beteiligt, und zwar mit 13,65 Mill. ägyptischen Pfund. Dann folgten Deutschland mit 4,07, Frankreich und Algier mit 2,71, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 2,48, Rußland mit 2,24, Oestereich-Ungarn mit 1,76 Mill. ägyptischen Pfund.

Der im August vorigen Jahres ausgebrochene Völkerkrieg führte sofort zu einer starken Verminderung des auswärtigen Handelsverkehrs. Die ersten sieben Monate des Jahres 1914 hatten Aegypten einen starken Aufschwung seines Außenhandels gebracht; die Einfuhr stieg, und noch mehr die Ausfuhr. Der Ausbruch des Krieges unterbrach diese Auswärtsbewegung mit rauhem Griff. Schon der Augustmonat brachte einen beträchtlichen Rückgang, der sich in den folgenden Monaten mehr und mehr steigerte, so daß sich trotz des anfänglichen flotten Verkehrs am Schluß des Jahres 1914 im Vergleich zum Vorjahr bei der Einfuhr ein Fehlbetrag von 6,14 Millionen, bei der Ausfuhr von 7,57 Millionen ägyptischen Pfund ergab. Am wesentlichsten trug dazu der Rückgang des Baumwoll- und Baumwollsamenexports bei. Der Stand der Stauden versprach zwar zu Anfang August, dem Beginn der Pflücke, eine überreiche Ernte; doch die geringe Nachfrage drückte, ebenso wie in Amerika, auf den Preis, un zu alledem verbot die anglo-ägyptische Regierung ohne Rücksicht auf die baumwollhauenden Fellachen die Ausfuhr von Baumwolle nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn und erließ, um ihr Verbot durchzusetzen, allerlei den Export erschwerende Vorschriften.

Seitdem hat nach den Angaben der englischen Handelsblätter die ägyptische Ausfuhr weiter abgenommen, so daß bis Ende Februar der Ausfall bei der Einfuhr sich bereits auf fast 9 Millionen, bei der Ausfuhr auf 12,7 Millionen ägypt. Pfund belaufen hat. Für die letzten Monate fehlen leider noch genaue statistische Ziffern.

Und dieser Rückgang des Geschäfts- und Handelsverkehrs hatte wieder eine beträchtliche Abnahme der Staatseinnahmen, eine bedenkliche Verschlechterung der Staasfinanzlage zur Folge; denn die Haupteinnahmequelle Aegyptens besteht in der Grundsteuer, den Zolleinnahmen, der Tabaksteuer, den Gerichts- und Registraturgebühren, sowie den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenüberschüssen. Alle diese Einnahmen sind aber infolge des wirtschaftlichen Niederganges weit unter den Voranschlägen zurückgeblieben. Um sich vermehrte Einnahmen zu schaffen, hat die englische Finanzverwaltung sich bereits genötigt zu sehen, einzelne Gebühren, sowie die Frachttarife der Eisenbahnen zu erhöhen — dennoch rechnet man für das laufende Finanzjahr auf ein Defizit von rungefähr 1¾ Millionen ägyptischen Pfund. Für ägyptische Finanzverhältnisse eine recht respektable Summe. Vor dem Krieg im Rechnungsjahre 1913, schloß zum Beispiel der ägyptische Staatshaushaltsetat in Einnahmen und Ausgaben mit 16,13 Millionen ägyptischen Pfund.

Auch der Abschluß der National Bank of Egypt zeigt, wie sehr das Nilstromland unter den Kriegswirkungen leidet. Es werden von der Bank, um 4 Prozent Dividende (im Vorjahr 7½ Proz.) zahlen zu können, dem Reservefonds 225 000 Pfund entnommen, und der Notenumlauf ist fast auf das Dreifache gestiegen.

Außer den Niedergang des Handels hat zu dieser traurigen Wirtschaftslage die Abnahme des Fremdenverkehrs ihren Teil beigetragen. Aegypten ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr ein Ziel reicher Vergnügungsreisender geworden; und mit der Zunahme des Reiseverkehrs hat sich ein weitverzweigtes, einträgliches Hotelgewerbe entwickelt. Luxuriöse palastartige Hotels sind an den großen Verkehrsplätzen entstanden. Jetzt stehen diese Prachtbauten meist leer. Die Einnahmen fehlen.

Daß diese Zustände unter der Intelligenz der eingeborenen ägyptischen Bevölkerung die Vorliebe für die englische Herrschaft nicht vermehrt haben, ist selbstverständlich. Das nationalistische Jungägyptertum findet in den Kreisen der Intellektuellen, besonders der Ulemas, immer größeren Anhang. Mit stillen Hoffnungen blickt man auf den zähen Widerstand der Türken gegen die Angriffe der Ententemächte auf die Dardanellen. Doch vorläufig hält noch das englische Regiment alle Erhebungsversuche mit harter Hand nieder.

Von den Kriegsschauplätzen.

In Nordfrankreich wurde abermals der Versuch gemacht, den Deutschen Souchez zu entreißen. Der Versuch mißlang. Auf den Maashöhen dauern die Kämpfe mit wechselndem Erfolge an.

In Kurland geht es jetzt Schlag um Schlag. Bis Windau sind die deutschen Truppen nun bereits vorgestoßen, haben diese Hafenstadt besetzt und gehen jetzt mit aller Kraft von Nordwest her gegen Riga vor. Die zwischen Windau und Rigo liegenden Orte Tuckum und Sinxt wurden bereits genommen. Unter diesen Umständen gewinnt die Meldung, daß Riga in aller Eile geräumt wird, stark an Wahrscheinlichkeit. — In Nordpolen wurden die Russen gezwungen, ihre mehrfach von den Deutschen durchbrochenen Stellungen zu räumen und sich an den Narew zurückzuziehen. Die Armee Gallwitz rückt immer näher von Norden her an Warschau heran; sie steht jetzt bereits an der Narewlinie.

Westlich der Weichsel in Südpolen hat die Armee Woyrsch weitere erhebliche Fortschritte gemacht. In stetem Vordringen werden hier die Russen trotz ihres verzweifelten Widerstandes immer weiter nach Osten gedrängt. Der gestrige deutsche Tagesbericht schließ seine Mitteilungen über diesen Kampfabschnitt mit der bezeichnenden Bemerkung: Die Entscheidung steht bevor.

Auch zwischen Bug und Weichsel erlitten die Russen eine schwere Niederlage. Mit allen erdenklichen Mitteln versuchten die Russen, den Vormarsch der Deutschen aufzuhalten. Es war vergebens. — Mit Recht betont der „Times"-Korrespondent in Petersburg den entscheidenden Charakter der jetzt zwischen Weichsel und Bug stattfindenden Schlacht. Er besuchte sämtliche russischen Armeen zwischen der Bukowina und Warschau und erfuhr, daß die Deutschen ihre Heere sehr stark zwischen Weichsel und Bug konzentrieren. Er glaubt, daß in der 100 Meilen breiten Zone zwischen jenen Flüssen die entscheidende Schlacht des ganzen Krieges begonnen habe. Großfürst Nikolai habe einen neuen General, der das russische Elitekorps unter seinem Befehl hat, mit der Verteidigung dieser Front beauftragt; man setze große Hoffnungen auf diesen russischen Führer.

Wie ernst man die Situation in Rußland einschätzt, geht daraus hervor, daß die am Eingang des Finnischen Meerbusens liegende Hafenstad Reval durch österreichisch-ungarische Kriegsgefangene stark befestigt wird.

Die Verbündeten haben sich bekanntlich s. Zt. arg aufgeregt wegen der Verwendung giftiger Gase durch die Deutschen. Nun kommt die Meldung, daß Amerika für die Entente einen giftigen Sprengstoff herstellt. Aus London wird gemeldet: Die englischen Militärbehörden sind bestürzt wegen einer Veröffentlichung in der amerikanischen Fachzeitschrift American Machinist, aus der sich ergibt, daß ein mit giftigen Säuren hergestellter Sprengstoff in großen Mengen von Amerika an die Entente-Armeen geliefert wird. Verwundungen, die durch diesen Sprengstoff direkt oder indirekt verursacht werden, sind absolut tödlich, da es gegen die erwähnte giftige Säure kein Gegenmittel gibt. Die englischen Behörden dementieren die Veröffentlichung des amerikanischen Fachblattes nicht, verhehlen aber nicht ihre Bestürzung über diese recht unangenehme Indiskretion.

Der 4. August soll als Tag der Kriegserklärung in allen Städten des britischen Reiches durch Versammlungen begangen werden, in denen eine amtlich genehmigte Resolution angenommen werden soll, wonach die Versammlungen den unbeugsamen Entschluß bekunden, den Krieg zur Erhaltung der Ideale der Freiheit und Gerechtigkeit zu einem siegreichen Ende zu führen. Mit Resolutionen lassen sich bekanntlich Kriege nicht führen. In dieser ernsten Zeit sollte man auf solche Kinkerlitzchen verzichten.

Der schwedische Ministerpräsident hat sich einer Abordnung gegenüber dahin ausgesprochen, daß es der Regierung heißer Wunsch sei, den Frieden zu bewahren. Es ist unsere Pflicht, mit allen Kräften hierfür zu wirken. Aber wir rechnen auch mit Eventualitäten, in denen die Aufrechterhaltung des Friedens trotz aller Bemühungen für Schweden nicht mehr möglich ist. Welches diese Eventualitäten in diesem Weltkriege sind, wäre aus verschiedenen Gesichtspunkten ungeeignet, jetzt anzugeben. Gewiß ist es, daß es außer dem äußersten Falle einer feindlichen Invasion in unser Land auch noch andere Fälle gibt, die als diesem gleichbedeutend in Betracht gezogen werden müßten. Der Ministerpräsident sprach die Hoffnung aus, daß diese Neutralitätspolitik in allen Lagern des schwedischen Volkes und bei allen politischen Parteien eine mächtige Stütze finden werde. Er wollte nicht glauben, erklärte Hammarskjöld, daß die schwedischen Friedensfreunde, die kräftig gegen Mißstände aufträten, auch gegenüber drohenden äußeren Mißständen, die nur mit Gewalt abgewendet werden könnten, eine einfache Friedenspolitik empfehlen würden, die darin bestände, alles zu ertragen, ohne etwas für Schwedens Recht und Freiheit einzusetzen.

Nunmehr liegen ausführliche Berichte vor über die Friedenskundgebung des Staatssekretärs Bryan in Neuyork am 24. Juni. 70 000, nach anderer Schätzung 100 000 Personen aller Nationalitäten waren auf dem Madison Square Garden versammelt. Die Versammlung war, in Verbindung mit vielen anderen Organisationen, u. a. einberufen worden von der Vereinigung der deutschen Verbände von Groß-Neuyork, der American Independence Union, der American Truth-Society. Aus der langen Entschließung, die angenommen wurde, geben wir folgende Stellen wieder:

„Das amerikanische Volk fordert Frieden mit aller Welt.

Es verlangt von Regierung und Volk die Einhaltung der strengsten Neutralität gegenüber den kriegführenden Mächten, nicht nur im Wort, sondern in der Tat, es fordert die Einhaltung einer Neutralität, die nicht auf buchstabenmäßiger Auslegung der Gesetze beruht, sondern die Tatsachen der Wirklichkeit wie die praktischen Folgen berücksichtigt.

Aus vollem Herzen und mit ganzer Seele, wie es nur einem in seinem Innern frevelhaft verletzten Volke möglich ist, verdammen wir die nichts als heilig achtende Kriegspropaganda, die unter der Maske des Patriotismus und im schändlich mißbrauchten Namen der Menschlichkeit von

Leuten, die am Kriege verdienen, in diesem Lande betrieben worden ist und noch betrieben wird. Ganz besonders verurteilt die Versammlung die elenden Machenschaften eines großen Teiles der Zeitungen, die in den letzten sechs Monaten ihr denkbar Aeußerstes getan haben, um unser Volk an den Rand des Krieges zu zerren.

In ihren Verhandlungen mit den Regierungen von England und Deutschland sollten die Vereinigten Staaten unentwegt darauf bestehen, daß die Rechte der neutralen Schiffahrt gewahrt werden, daß die dem friedlichen Handel dienenden Schiffe ihre Ladung ungehindert am Bestimmungsorte löschen können, falls nicht die völkerrechtlichen Bestimmungen der Londoner Deklaration vom Jahre 1909 dem entgegenstehen.

Das Leben amerikanischer Bürger, die unter dem Schutze der Gesetze zu erlaubten Zwecken die Meere befahren, muß unter allen Umständen respektiert und gesichert werden. Mit der Pflicht der Regierung, die im Auslande befindlichen Bürger zu schützen, geht Hand in Hand die Pflicht der Bürger, sich nicht auf unbesonnene Abenteuer einzulassen, welche der Regierung bei ihren Bemühungen Schwierigkeiten bereiten könnten. Kein amerikanischer Bürger hat das Recht, irgendeiner kriegführenden Macht dadurch Deckung zu geben, daß er auf einem mit Munition beladenen Dampfer als Passagier fährt. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Pflicht, die Bürger hiervor zu warnen.

Die Interessen des amerikanischen Volkes und der Menschlichkeit verlangen, daß die Ausfuhr von Waffen und Munition an die Kriegführenden verboten wird. Wir verwerfen als einer großen Nation unwürdig das blendende Schlagwort, daß ein souveräner Staat seine Ausfuhrgesetze nicht ändern dürfe, weil gerade ein Krieg zwischen andern Völkern im Gange ist. Nicht die kleinste Stelle im Völkerrecht, kein Präzedenzfall, kein analoger Fall kann als Stütze für die so haltlose, widersinnige Behauptung beigebracht werden, durch welche das Publikum von Geldinteressenten in dieser Frage betrogen werden soll. Die Behauptung, es würde unneutral sein, nach einjähriger Ausfuhr, die in Wirklichkeit nur zugunsten Englands und seiner Verbündeten gearbeitet hat, alle Kriegführenden zu zwingen, sich auf ihre eigenen Hilfsquellen zu verlassen, ist das Eingeständnis einer Parteilichkeit, die alle unsere Neutralitätserklärungen in Mißkredit bringt. Wir verlangen daher, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Ausfuhr von Waffen und Munition verbietet und damit der Welt einen Beweis von praktischer Weisheit, Humanität, Charakter und möglichst vollkommener Einhaltung strengster Neutralität liefere."

*

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 19. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. In der Gegend von Souchez war nach verhältnismäßig ruhigem Verlaufe des Tages die Gefechtstätigkeit nachts lebhafter. Ein französischer Angriff auf Souchez wurde abgeschlagen. Angriffsversuche südlich davon wurden durch unser Feuer verhindert. Auf der Front zwischen der Oise und den Argonnen vielfache lebhafte Artillerie- und Minenkämpfe. Im Argonnenwalde schwache Angriffsversuche des Gegners ohne Bedeutung. Auf den Maashöhen südwestlich von Les Eparges und an der Tranchee wurde mit wechselndem Erfolge weiter gekämpft. Unsere Truppen büßten kleine örtliche Vorteile, die am 17. dss. Mts. errungen waren, wieder ein.

Wir nahmen 3 Offiziere, 310 Mann gefangen.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Deutsche Truppen nahmen Tuckum und Schiurt.

Windau wurde besetzt. In der Verfolgung des bei Alt-Ax geschlagenen Gegners erreichten wir gestern die Gegend von Hof vom Berge und nördlich. Westlich der Mitau hält der Gegner eine vorbereitete Stellung. Oestlich von Popeljany und Kutschany wird gekämpft. Zwischen Pissa und Sztwa räumten die Russen ihre mehrfach von uns durchbrochenen Stellungen und zogen nach dem Narew ab. Hier fechtende deutsche Reserve- und Landwehr-Truppen haben in den Kämpfen der letzten Tage in den jeden feindlichen Widerstand begünstigenden Wald- und Sumpfgeländen Hervorragendes geleistet.

Die Armee des Generals von Gallwitz drang weiter vor. Sie steht jetzt mit allen Teilen an der Narew-Linie, südwestlich von Ostrolenka-Nowo-Georgiewsk. Wo die Russen nicht in ihren Befestigungen und Brückenkopfstellungen geschützt sind, sind sie bereits über den Narew zurückgewichen. Die Zahl der Gefangenen hat sich auf 101 Offiziere, 28760 Mann erhöht.

Auch in Polen zwischen Weichsel und Pilica blieben die Russen im Rückzuge nach Osten.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Der am 17. Juli in der Gegend nordöstlich Sienno von der Armee des Generalobersten von Woyrsch geschlagene Feind versuchte in seinen vorbereiteten Stellungen hinter dem Ilzanka-Abschnitt die Verfolgung zum Stehen zu bringen. Die feindliche Vorstellung Ciepilo wurde von der tapferen schlesischen Landwehr bereits im Laufe des gestrigen Nachmittags gestürmt. Dieselben Truppen sind in der Nacht in die dahinter liegende feindliche Hauptstellung eingedrungen. Ebenso beginnt die feindliche Linie bei Kajanow und Baranow zu wanken. Die Entscheidung steht bevor.

Zwischen oberer Weichsel und Bug dauerte der Kampf der unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls von Mackensen stehenden verbündeten Armeen den ganzen Tag über in unverminderter Heftigkeit an.

An der Durchbruchsstelle der deutschen Truppen bei Pilaskowice-Krasnostaw machten die Russen die verzweifeltsten Anstrengungen die Niederlage abzuwenden. Eine ihrer Gardedivisionen wurde frisch in den Kampf geworfen und von unseren Truppen geschlagen. Weiter östlich bis in der Gegend von Grabowice erzwangen österreichisch-ungarische und deutsche Truppen den Uebergang über die Wolica.

Bei und nördlich Sokal drangen österreichisch-ungarische Truppen über den Bug vor. Unter dem Zwange dieser Erfolge ist der Feind in der Nacht auf der ganzen Front zwischen Weichsel und Bug zurückgegangen. Nur an der Durchbruchsstelle westlich von Krasnostaw versucht er noch Widerstand zu leisten. Die Russen haben eine schwere Niederlage erlitten.

Die deutschen Truppen und das unter dem Befehl des Feldmarschalleutnants von Arz fechtende Korps haben allein vom 17. bis 18. Juli 16250 Gefangene gemacht und 23 Maschinengewehre erbeutet.

Nach gefundenen schriftlichen Befehlen war die feindliche Heeresleitung entschlossen, ohne jede Rücksicht auf Verluste die von uns eroberten Stellungen bis zum äußersten zu halten.

Oberste Heeresleitung.

*

Wien, 19. Juli. Amtlich wird berichtet: **Russischer Kriegsschauplatz. Die Offensive der Verbündeten in Polen und Wolynien wurde gestern fortgesetzt. Westlich der Weichsel wird an der Pilica gekämpft. Nordwestlich der Ilza eroberten österreichisch-ungarische Truppen einige feindliche Stellungen. Auf den Höhen westlich Krasnostaw drangen die deutschen Truppen unter schweren Kämpfen siegreich vor. Zwischen Sterbiespw und Grabowiec bahnten sich im Anschluß an deutsche Kräfte österreichisch-ungarische Regimenter in heißem Ringen über die Wolica einen Weg in die feindlichen Höhenstellungen. Dort fielen 3000 Gefangene in die Hände unserer tapferen Truppen. Nordöstlich und südöstlich von Sokal faßte nordmährische, schlesische und westgalizische Landwehr nach wechselvollen Kämpfen am Ostufer des Bug festen Fuß. Unsere, vom General der Kavallerie v. Kirchbach befehligten Kräfte machten hier 12 Offiziere, 1700 Mann Gefangene und erbeuteten 5 Maschinengewehre. Die Erfolge, die sonach die Verbündeten am 18. Juli an der ganzen Front errangen, erschütterten die Widerstandskraft des Feindes. Obwohl er in den letzten Tagen alle erreichbaren Verstärkungen herangezogen hatte, vermochte er sich doch nicht mehr zu halten. Er trat in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli an der ganzen Front den Rückzug an und räumte das Schlachtfeld den siegreichen verbündeten Heeren.**

In Ost-Galizien blieb die Lage im allgemeinen unverändert. Nur abwärts Zaleszcycki wählte der Gegner unsere Dnjestr-Front abermals zum Ziel hartnäckiger Angriffe. Die Russen rückten in sieben bis acht Gliedern vor. Das erste war scheinbar unbewaffnet und erhob, als wollte es sich ergeben, die Hände. Der feindliche Angriff brach in unserem Feuer unter furchtbaren Verlusten zusammen. Selbstverständlich wurde, wie in Hinkunft unter ähnlichen Verhältnisse es immer geschehen wird, auf den anscheinend unbewaffneten Angreifer geschossen.

Südwestlicher Kriegsschauplatz. Im Görzischen begannen gestern neue große Kämpfe. Zeitlich früh eröffnete die italienische Artillerie aller Kaliber gegen den Rand des Plateaus von Doberdo und den Görzer Brückenkopf das Feuer. Dieses steigerte sich mittags zur größten Heftigkeit. Sodann schritt sehr starke Infanterie zum Angriff auf dem ganzen Plateau-Rand. In hartnäckigen, nachts über andauernden, vielfach zum Handgemenge führenden Kämpfen gelang es unseren Truppen, die Italiener, die stellenweise unsere vordersten Gräben erreichten, allenthalben zurückzuwerfen. Unsere Mörser brachten fünf schwere Batterien zum Schweigen. Heute morgen entbrannte der Kampf aufs neue. Vereinzelte feindliche Vorstöße gegen den Görzer Brückenkopf wurden gleichfalls abgewiesen. Auch am mittleren Isonzo, im Krn-Gebiet und an der Kärntner Grenze entfalteten di eItaliener lebhafte Artillerietätigkeit, die teilweise auch nachts anhielt. Im Tiroler Grenzgebiet wurde ein Angriff mehrerer Bataillone gegen unsere Höhenstellungen auf dem Eisenreich-Kamm, der Pfann-Spitze und der Filmoor-Höhe, nordöstlich des Kreuzberg-Sattels abgeschlagen. In der Gegend von Schluderbach räumte eine eigene schwache Abteilungen ihre vorgeschobene Stellung. In Süd-Tirol dauern die Geschützkämpfe fort. Besonderes Lob gebührt auch den Besatzungen unserer Grenzforts, die in diesen Bollwerken jedem Feuer heldenmütig Stand hielten.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Gestern früh erschienen vor Ragusa-Vecchia und Gravosa zusammen acht italienische Kreuzer und zwölf Torpedoboote und eröffneten das Feuer gegen die Bahn und den Bahnhof Gravosa, gegen einige Ortschaften und die Höhe bei Ragusa-Vecchia. Sie gaben insgesamt etwa 1000 Schuß ab. Einige Privatgebäude wurden leicht beschädigt. Menschenverluste sind nicht zu beklagen; auch Verwundete gab es nicht. Um 5,45 Uhr früh erfolgte die bereits gemeldete Torpedierung des Kreuzers „Guiseppe Garibaldi", worauf das italienische Geschwader eilends unsere Küstengewässer verließ.

Gegen Frankreich und Belgien.

Deutsche Flieger über Dünkirchen.

Dünkirchen wurde in der letzten Woche, wie dortige Blätter berichten, wiederholt von deutschen Fliegern heimgesucht. Dienstag erschienen am Horizont etwa fünf Flugzeuge, die Bomben herabwarfen, und die erst, nachdem sie etwa eine halbe Stunde von den Abwehrkanonen heftig beschossen worden waren, unversehrt die Richtung nach dem Meere einschlugen. Am Mittwoch früh wurden wieder mehrere Flieger aus verschiedenen Richtungen gesehen. Die Kanonen des verschanzten Lagers von Dünkirchen traten in Tätigkeit, so daß die Flieger auf ein Zeichen des ersten Flugzeuges hin, das ziemlich nahe kam, kehrt machten, doch nicht, ohne vorher mehrere Bomben abgeworfen zu haben. Man glaubt, daß diesen Fliegerbesuchen bald wieder eine Beschießung Dünkirchens mit schwerkalibrigen Kanonen folgen wird.

Gegen England.

Der Kohlenarbeiterstreik in Südwales.

Die Lage in Süd-Wales hat sich nach in Rom und Mailand vorliegenden Nachrichten verschlimmert. Die Arbeiter fordern nicht nur eine Lohnerhöhung von 20 Prozent, sondern auch die Aufhebung des Munitionsgesetzes für Süd-Wales, daß die Streikfreiheit aufhebt.

Nach holländischen Blättermeldungen ist es in den Walliser Kohlenrevieren zu Zusammenstößen mit den im Ausstand befindlichen Bergleuten gekommen. 8 Leute wurden dingfest gemacht. Eine Sprengstoff-Fabrik, die 2000 Arbeiter beschäftigt, und die größte Anlage ihrer Art ist, mußte die Arbeit wegen Mangels an Kohlen einstellen.

Die Londoner News veröffentlicht einen Bericht, wonach die Mehrzahl der Munitionsfabriken der Regierung anzeigte, daß sie bei Fortdauer und weiterer Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks innerhalb 14 Tagen zur Einstellung der Arbeit in den Munitionsfabriken gezwungen sein würden. (??) Die Kohlenzufuhr habe seit 10 Tagen so gut wie ganz aufgehört.

Die Verhängung des Belagerungszustandes steht bevor. Gendarmen und andere Truppen in einer Stärke von 4000 Mann aus den verschiedensten Garnisonen sind nach Südwales abgefahren. Die Regierung beabsichtigt eine Proklamation zu erlassen, wonach, sofern am Mittwoch die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird, die Bestimmungen des Munitionsgesetzes sofort in Kraft treten werden.

*

Die Liverpooler Hafenarbeier gegen das Munitionsgesetz.

Wie das Genfer Journal aus Liverpool meldet, hat die Vorstandssitzung des englischen Hafenarbeiter-Verbandes mit 36 gegen 2 Stimemn beschlossen, von der Regierung die Aufhebung des Munitionsgesetzes im Interesse der englischen Arbeiterorganisationen zu fordern.

Gegen Italien.

Italienische Niederlage in Libyen.

Aus verläßlicher Quelle ist die Nachricht eingetroffen, daß die Italiener am 28. Mai in Libyen am Syrt eine schwere Niederlage erlitten. 40 Offiziere, darunter ein Oberst, 2500 Mann tot, 12 Geschütze, 3 Maschinengewehre verloren. Auch in Erythräa droht ein Aufstand.

Der schwierige, verlustreiche Rückzug der italienischen Besatzungen aus dem Innern von Libyen ist beendet. General Ameglio, der die Statthalterschaft in der Kolonie übernahm, läßt die Befestigungen in Tripolis, Zuara und Homs verstärken, um bei Rebellenangriffen, die nach dem Ramadan erwartet werden, gerüstet zu sein.

*

Was das italienische Volk nicht wissen darf.

Einer Privatmeldung der „Neuen Züricher Zeitung" zufolge enthielten die italienischen Morgenblätter keinen Bericht über den Untergang des Panzerkreuzers „Giuseppe Garibaldi". Ein großer weißer Fleck in der Spalte der Kriegsnachrichten läßt vermuten, daß die Meldung im letzten Augenblick von der Zensur gestrichen wurde. Die letzten deutschen Berichte von der Westfront sind in den Zeitungen gar nicht oder verstümmelt wiedergegeben, dagegen sind die deutschen Siegesmeldungen von der Ostfront heute vollständig in den Morgenblättern enthalten. In Modena haben einige tausend Studenten den Eid als Offiziersschüler geleistet.

*

Gegen die Neutralität Griechenlands.

„Corriere della Sera" überhäuft Grichenland mit starken Angriffen. Er erklärt, die Sprache der griechischen Presse und die Haltung des griechischen Volkes habe die Grenze des Erträglichen längst überschritten. Griechenland werde für seine heimtückische Neutralität, die schlimmer sei als offener Kampf, büßen müssen.

Die Kämpfe im Orient.

Das türkische Hauptquartier

berichtet vom 19. Juli: An der Dardanellenfront am 18. Juli bei Ari Burnu nichts von Bedeutung. Bei Seddul Bahr griff ein Teil der feindlichen Kräfte morgens einige Gräben unseres linken Flügels an. Der Feind wurde bis an die Gräben herangelassen und dort niedergemacht. Wir machten einige französische Soldaten zu Gefangenen. Unsere anatolischen Batterien beschossen heftig das Lager bei dem Landungsplatz des Feindes bei Tekke Burnu und verursachten einen Brand, der von Explosionen begleitet war und eine halbe Stunde dauerte. — An der Front bei Irak verursachte der Feind, nachdem er in der Schlacht bei Kalatulnedjin besiegt worden war, keinen neuen Angriff. Die Ueberführung der feindlichen Verwundeten in die Schiffe begann seit 2 Tagen und dauert fort. An den übrigen Fronten nichts Wesentliches.

*

Ein englisches Schlachtschiff beschädigt.

Wie der „Messaggero" berichtet, mußte das englische Schlachtschiff „Queen Elizabeth" gedockt werden, weil es durch das Bersten eines eigenen Geschützes beschädigt wurde. Die Havarie des englischen Kreuzers „Queen Elizabeth" soll von einer Explosionskatastrophe vor den Dardanellen herrühren. Beim elektrischen Abfeuern eines 38-Zentimeter-Geschützes explodierte der Rohrverschluß, was eine erhebliche Beschädigung des Schiffes zur Folge hatte.

Allerlei Kriegsnachrichten.

7 norwegische Dampfer aufgebracht.

Aus Valesund wird gemeldet: Der dort angekommene norwegische Seehundsfänger „Skansen" ist an der norwegischen Küste von einem englischen Kriegsschiff angehalten worden, und das Passieren nach Tromsö wurde ihm erst gestattet, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Ladung des „Skansen" aus Seehundsspeck und nicht aus Tran bestand. Der Kommandant des englischen Kriegsschiffes erklärte, 7 norwegische Seehundsfangdampfer seien nach Kirkwall gebracht worden, weil ihre Ladung aus Tran bestanden habe. England behält nämlich trotz des Protestes der Neutralen die für deren Bedarf bestimmten Tranladungen zurück.

*

Keine jugendlichen Kriegsfreiwilligen mehr.

Wie die „Bayer. Staatsztg." mitteilt, wurde bei der Schlußfeier der Kreisoberealschule in Kaiserslautern eine Ministerialverfügung bekanntgegeben, wonach das bayerische Kultusministerium aus verschiedenen Aeußerungen der Heeresverwaltung entnommen hat, das der Zugang von jugendlichen Kriegsfreiwilligen nicht wünschenswert ist. Die Erfahrung lehre, daß auf diese Weise eine große Anzahl junger Leute dem Heere zugeführt wird, die weder körperlich, noch nach ihrer sittlichen Reife den außerordentlichen Anforderungen des Feldzuges gewachsen seien. Sie richten sich in vielen Fällen für ihr Leben zugrunde, ohne dem Vaterland genützt zu haben, und bilden keine Verstärkung für die Kampfkraft der Truppen. Dazu komme, daß der große Verbrauch des gebildeten Teiles der männlichen Jugend im Kriege, die Gefahr eines Rückganges des deutschen Volkes und auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens im Frieden in sich berge. Aus diesen Gründen werde fortan Schülern, die als Kriegsfreiwillige eintreten wollen, von den Schulen aus keine besonderen Vergünstigungen mehr gewährt. Ausnahmen können nur bei Schülern in Betracht kommen, die infolge des Aufrufes ihrer Altersklasse in das Heer einzutreten haben.

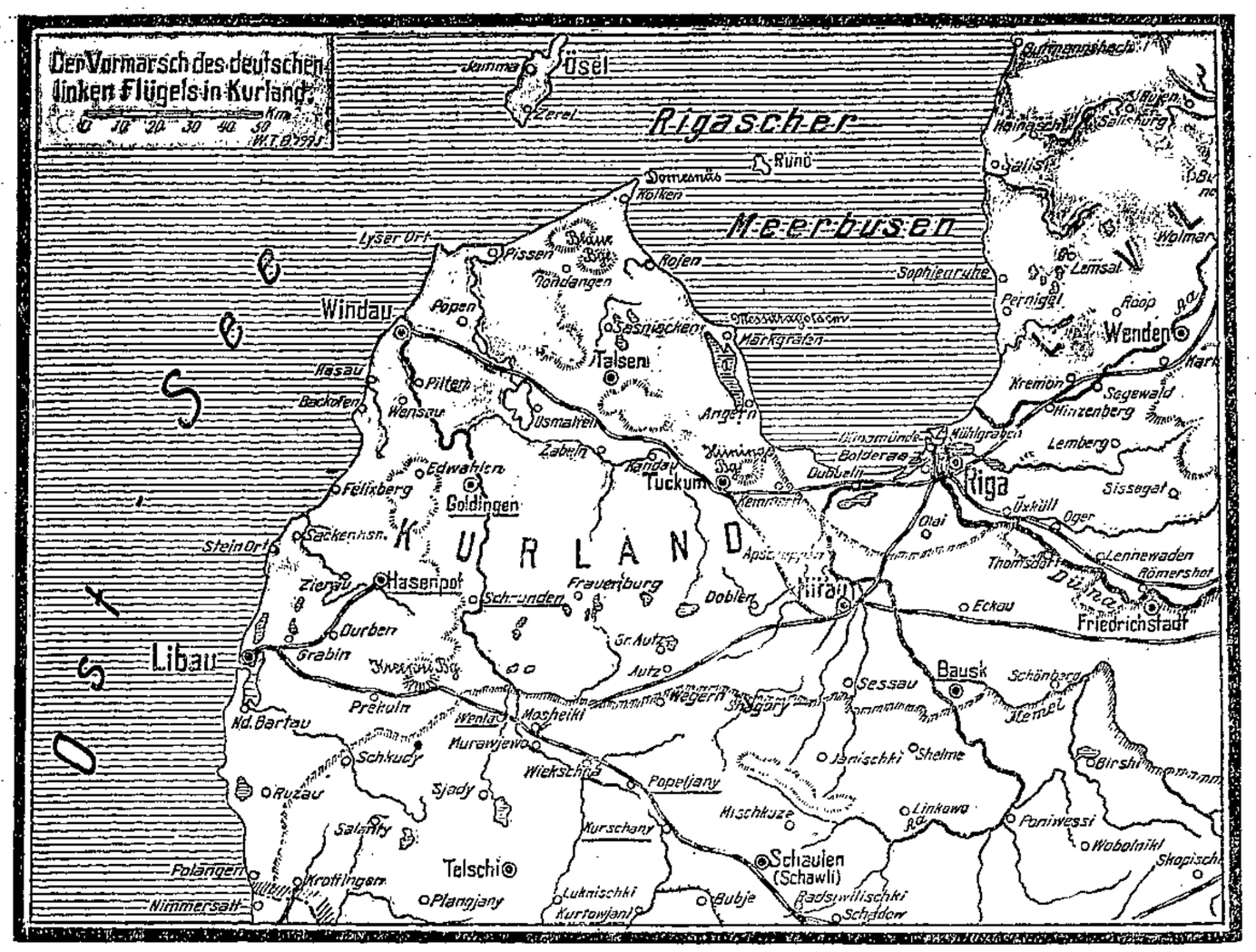
*

Bewegung gegen die amerikanischen Munitionslieferungen.

In Boston und anderen Industriestädten von Massachusetts besteht die Gefahr eines Arbeiterausstandes, besonders in Bridgeport, wo die zunehmende Unsicherheit auf deutsche Agitation zurückgeführt wird. Wenn der Ausstand allgemein würde, so würden nicht nur Bridgeport, sondern noch zahlreiche Industriezentren, wo Munition hergestellt wird, davon betroffen werden. Die Remington Arms Co. in Bridgeport, wo 12 000 Mann arbeiten, stellt Halbfabrikate von Granaten her, die von der Bethlehem Steel Corp. fertiggestellt werden. Ein Ausstand in den Remingtonwerken würde deshalb auch für die Granatenherstellung bei der Bethlehem Steel Corporation ernsthafte Folgen haben.

Alarmnachrichten, die mit großer Vorsicht aufzunehmen sind, kommen aus Holland. Danach macht sich die wachsende Erregung gegen die Ausfuhr von Kriegslieferungen in den Vereinigten Staaten in fortgesetzten Angriffen auf die Schiffe bemerkbar, die Kriegsmaterial für England, Frankreich und Rußland befördern. Die Bewegung beginnt in den beteiligten Kreisen große Beunruhigung hervorzurufen. Auf nicht weniger als zehn mit Kriegsmaterial befrachteten Schiffen wurden bei der Abfahrt Bomben und Explosivstoffe gefunden. Auch die Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen, schweben vor Angriffen in großer Besorgnis. Privat-Polizisten bewachen die Eingänge, um die Annäherung verdächtiger Personen zu verhindern.

Nach einer Reutermeldung beschuldigte Gompers, der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes, amerikanische Agitatoren, daß sie die Verschiffung von Munition für die Verbündeten verhinderten, indem sie überall in Amerika



Arbeiterstreiks in den Munitionsfabriken hervorriefen. Gompers behauptet, daß bei den Arbeiterführern durch Leute, die an der Verhinderung der Munitionssendung interessiert sind, Schritte getan worden seien, um diese Absicht zu erreichen.

*

Amerikanische Hilfe für die Polen.

Der polnisch-amerikanische Hilfsausschuß hat bis einschließlich den 21. Juni eine halbe Million Mark Bargeld für die Notleidenden nach Russisch-Polen geschickt. Weitere Sendungen sollen noch erfolgen. Ferner wurde beschlossen, 400000 Pfund Fleisch, Speck und Schmalz aufzukaufen und dieses über Rotterdam nach Polen zu schicken. Die deutsche Regierung hat auf Anfrage bereits erklärt, daß sie dem Transport durch Deutschland keine Schwierigkeiten bereiten werde. Die Organisation des amerikanischen Roten Kreuzes übernimmt kostenlos den Transport. Schließlich wurde beschlossen, daß am 15. Juli jeder amerikanische Pole seinen Tagesverdienst zugunsten der Notleidenden in Russisch-Polen abliefern solle.

Die Preußische Verlustliste Nr. 278

enthält folgende Truppenteile:

Offiziere von der Armee.

Infanterie usw.: Garde: Grenadier-Regimenter Alexander, Franz, Elisabeth und Nr. 5; Garde-Füsilier-Regiment (s. Lehr-Inf.-Regt.) — Lehr-Infanterie-Regiment. — Grenadier-, bzw. Infanterie-, bezw. Füsilier-Regimenter Nr. 6, 9, 11, 12, 13, 16, 17, 18, 20, 25, 28, 29, 31, 36, 38, 40, 43, 52, 54, 55, 56, 58, 59, 65 bis einschl. 70, 72 bis einschl. 76, 78 (s. Inf.-Regt. Nr. 92), 83 bis einschl. 88, 91, 93, 97, 99, 115, 118, 128, 130, 136, 140, 143, 144, 146, 147, 148, 149, 151, 153, 154, 157, 158, 160 (s. Res.-Inf.-Regt. Nr. 257), 163, 164, 165, 166, 168, 173, 175, 176, 185, 188. — Regiment v. Kurnatowski. — Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 8, 11, 18, 19, 21, 22, 28, 29, 31, 32, 40, 56, 57, 61, 64, 66, 71, 76, 79, 81, 83, 84, 86, 91, 92, 94, 99, 109, 110, 130, 201, 202, 204, 206, 211 (s. Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 39), 212 (s. auch Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 39), 215, 216 (letztere beiden s. Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 39), 218, 219, 227, 228, 229, 233, 251, 252, 255, 256, 257, 261, 264, 268, 270, 272. — Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 29 und Königsberg III. — Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 2. — Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 9, 12, 18, 20, 21, 22, 24, 31, 36, 46, 55, 56, 57, 65, 73, 75, 81, 85 (s. Res.-Inf.-Regt. Nr. 79), 99, 118. — überplanmäßiges Landwehr-Infanterie-Bataillon Nr. 1 des IV. Armeekorps. — Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 7, 9, 15, 25, 38, 41, 50, 58 (s. Ers.-Inf.-Regt. Nr. 29), 80, 83, 84 (s. Ers.-Inf.-Regt. Nr. 29). — Landsturm-Infanterie-Bataillone Neufahrwasser, Woldenberg. Zusammengesetztes Landsturm-Infanterie-Bataillon Marienwerder-Rastenburg (s. Regt. v. Kurnatowski). — Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: II Gießen, 4. Heidelberg, 19. des VII. und 3. des XV. Armeekorps. — Etappen-Hilfskompagnie der 9. Armee. — Jäger-Bataillone Nr. 1, 2, 4, 9, 14; Reserve-Bataillone Nr. 2, 7, 15. — Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1; Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 51 (s. Brig.-Ers.-Batl. Nr. 9), 105 (s. Füs.-Regt. Nr. 38), 111 (s. Inf.-Regt. Nr. 91), 146 (s. Brig.-Ers.-Batl. Nr. 7); Festungs-Maschinengewehr-Abteilung A; Reserve-Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1.

Kavallerie: Garde-Kürassiere; Garde-Reserve-Dragoner; Dragoner Nr. 5, 12, 13, 15, 21, 23; Husaren Nr. 11 und 16; Reserve-Husaren Nr. 5; Ulanen Nr. 11; Reserve-Ulanen Nr. 2; Jäger zu Pferde Nr. 6 und 9; Reserve-Jäger zu Pferde Nr. 1; Landwehr-Regiment Nr. 2.

Feldartillerie: 3. Garde- und 3. Garde-Reserve-Regiment; Regimenter Nr. 6, 7, 14, 15, 18, 21, 22, 34, 35, 39, 41, 43, 73, 99; Reserve-Regimenter Nr. 1, 9, 19, 20.

Fußartillerie: Regimenter Nr. 8, 9, 10; Reserve-Regiment Nr. 14; Bataillon Nr. 24; Reserve-Bataillon Nr. 26; 1. Reserve-Batterie Nr. 24.

Pioniere: Regimenter Nr. 18, 19, 24, 25, 29, 30, 31; Bataillone: II. Nr. 1, I. Nr. 5, II. Nr. 6, I. Nr. 9, I. Nr. 11, I. Nr. 16, I. und II. Nr. 27; Ersatz-Bataillon Nr. 21; Kompagnien Nr. 185 und 213; Reserve-Kompagnien Nr. 45, 46, 52, 88. Leichte Minenwerfer-Abteilung Nr. 260; Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 115 und 195; Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 5 und 39.

Verkehrstruppen: Eisenbahn-Betriebskompagnie Nr. 18. Feldluftschiffer- und Feldfliegertruppe.

Train: Garde-Train-Abteilung; Train-Ersatz-Abteilung Nr. 3. Pferdedepot Nr. 105.

Munitionskolonnen: Artillerie-Munitionskolonne Nr. 2; Reserve-Artillerie-Munitionskolonne Nr. 1.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 3 des VI. und Nr. 1 des XV. Armeekorps.

Straßenbau-Bataillon der Armeegruppe Woyrsch.

Kriegsbekleidungsämter.

Reserve-Bekleidungsamt des III. Armeekorps.

Bayerische Verlustliste Nr. 203.

Württembergische Verlustliste Nr. 221.

Die Verlustlisten sind in unserer Expedition einzusehen

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Hansabund gegen die Erhöhung der Getreide-Höchstpreise.

Der Hansabund hat an den Reichskanzler und an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet, daß er bei der jetzigen Preissteigerung aller wichtigen Nahrungsmittel eine Erhöhung der Getreide-Höchstpreise für außerordentlich bedenklich halte und dringend bitte, unter allen Umständen davon absehen zu wollen. Die durch den Krieg erhöhten Produktionskosten seien reichlich gedeckt.

Gegen die Erhöhung der Getreidepreise,

die zur größten Beunruhigung der Bevölkerung nach verschiedenen Meldungen von der Reichsregierung geplant sein soll, richtet sich in letzter Stunde eine an die Reichsleitung gesandte Eingabe des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen. Er hält, abgesehen von dem ungünstigen Eindruck auf die Feinde Deutschlands besonders die moralisch-politische Schadenswirkung einer Getreidepreiserhöhung für durchaus bedenklich. Die bisherigen Preise scheinen dem Ausschuß schon überreichlich hoch zu sein, da sie weniger durch die Produktionskosten als durch die bei ihrer Festsetzung vorhandenen Spekulationspreise, ferner durch die damals noch bestehende Neigung in der Regierung zu einer Sparpreispolitik im Gegensatz zu einer Beschlagnahmepolitik und schließlich durch die Hoffnung auf größere Einfuhr bei erhöhten Preisen bedingt wurden. In diesem Jahre aber sind nach Ansicht des Kriegsausschusses die Produktionskosten durch die mannigfachen öffentlichen und privaten Hilfsmaßnahmen eher niedriger als höher geworden. In gleichem Maße scheint ihm eine Ermäßigung der Höchstpreise näher zu liegen als ihre Erhöhung. Da nach den meisten Meldungen die uns dieses Mal ganz zur Verfügung stehende Ernte zum mindesten mittelgut zu werden verspreche, so sei bei Getreidepreisen etwa auf der Höhe höchster Friedenspreise im allgemeinen eine Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert. Außerdem brauchen in diesem Jahre nicht die Händlerkosten und -gewinne eingerechnet zu werden, da es sich um normale Uebernahmepreise beim Produzenten selbst handle. Die vorsichtig anzusetzenden monatlichen Zuschläge sollten, wenn der Ernteertrag später ein noch günstigeres Ergebnis zeige, als jetzt zugrunde gelegt werde, überhaupt fortfallen, wenn nicht eine Herabsetzung der Grundhöchstpreise geboten erscheine. Zum Schlusse weist die Eingabe auf den in Oesterreich bei der Festsetzung der Höchstpreise leitenden Grundsatz hin: Einhaltung des goldenen Mittelweges zwischen dem Preise vor dem Kriege und den augenblicklichen Handelspreisen. Durch derartige Maßnahmen sei die Gefahr einer weiteren Erschütterung des Glaubens der Bevölkerung an eine gerechte Behandlung durch die verantwortlichen Stellen zu beseitigen und die auch künftig unbedingt notwendige moralische und wirtschaftliche Widerstandskraft zu erhöhen. Bei dem enormen Steigen aller übrigen Lebensmittelpreise müsse wenigstens das tägliche Brot zu angemessenen Bedingungen zu haben sein.

Gegen die Erhöhung der Getreidepreise

wendet sich nunmehr auch ein Artikel, in dem mitunter offiziösen „Berl. Lokalanzeiger". Der Artikel ist eine Bestätigung der Feststellungen, die in dem gemeinsamen Aufruf getroffen wurden, den Parteivorstand und Generalkommission am Sonnabend erlassen haben. Das Blatt gibt zu, daß die Mehrbelastung des Familienhaushalts um 50—60 % gestiegen ist. In dem erwähnten Artikel wird dann ausgeführt:

„Man hat hie und da gesagt, die erhöhten Löhne böten einen Ausgleich. Solche sind aber doch nur einem verhältnismäßig kleinen Teil der arbeitenden Bevölkerung zugute gekommen, ausschließlich den in den verschiedenen Zweigen der Kriegsindustrie Beschäftigten. Dazu gehören allerdings in einzelnen Gegenden, namentlich in Rheinland und Westfalen, Hunderttausende von Arbeitern, — was will das aber sagen gegenüber den Millionen, um die es sich handelt? Und der großen Zahl der Festbesoldeten stehen für die Deckung des Lebensbedarfs nicht mehr Mittel zur Verfügung als vor der Teuerung, in vielen Fällen infolge der Gehaltsherabsetzungen sogar weniger. Die Rücklagen aber, die man vermöge der bewährten deutschen Sparsamkeit von der wirtschaftlich günstigen Zeit her hatte, und die die Preissteigerung auszuhalten zunächst ermöglichten, sind zu einem erheblichen Teile aufgebraucht. Die durch diese üble Lage betroffenen Volkskreise haben sich dank dem guten Geiste, der unser Volk beseelt, den Umständen in aller Ruhe angepaßt, so gut es eben ging. Man hat sich in allem, was nicht zur unmittelbaren Lebensnotdurft gehört, eingeschränkt; die Wirkungen sind im gesamten Erwerbsleben zu fühlen. Daß unter diesen Umständen auch die Stimmung des Volkes nicht unbeeinflußt bleibt, ist selbstverständlich. Darum ist eine Wirtschaftspolitik unerläßlich, die der geschilderten Sachlage gebührend Rechnung trägt."

Die Bergherren sagen der Regierung Fehde an.

Die „Rhein.-Westf. Ztg.", das Sprachrohr der herrschenden Personen im Kohlenbergbau, bläst in einem erregten Artikel: „Der Ernst der Lage" zum Sturm gegen die neue Verfügung zur Bildung von Zwangssyndikaten mit staatlicher Aufsicht. Komme sie zur Anwendung, dann sei es mit der freien Entfaltung unseres Kohlenbergbaues vorbei; sie räume den Landes-Zentral- und höheren Verwaltungsbehörden derartig weitgehende Befugnisse ein, daß der Bergbau in völlige Abhängigkeit von diesen Behörden geraten und keinerlei Rechte mehr haben würde. Herr im Hause wäre er nicht mehr, sondern müßte seine Preis- und Absatzpolitik nach dem Willen des Handelsministeriums und der Verbraucher regeln. Die über Nacht erlassene Verordnung wird als ein verstecktes Mißtrauensvotum gegen den rhein.-westfälischen Kohlenbergbau und seine führenden Persönlichkeiten angesehen. Da die Regierung jederzeit bereit sei, den Bergbau in staatliche Fesseln zu schlagen, so müßten gegenüber der drohenden gemeinsamen Gefahr alle Sonderbestrebungen fortfallen, und der Syndikatsbau müßte schleunigst erneuert werden. — Und das alles, obgleich noch nicht sicher ist, daß die angedrohte Staatsaufsicht so gefährlich wird.

Der außerordentliche sächsische Landtag

war in erster Linie einberufen, um die Wahlen auf 2 Jahre hinauszuschieben. Das Gesetz wurde in letzter Stunde angenommen, der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag abgelehnt. Regierung und bürgerliche Parteien gingen im „Interesse des Burgfriedens gar nicht darauf ein. Auch der sozialdemokratische Steuerantrag, der eine Reform der gesamten Staatssteuern in Rücksicht auf die ungeheuren materiellen Erfordernisse der nächsten Zukunft verlangt, wurde rundweg abgelehnt, wiederum in Rücksicht auf den Burgfrieden. Es ist also auf beiden wichtigen Gebieten nicht das geringste Entgegenkommen der Regierung und der bürgerlichen Parteien zu verzeichnen. Es war ferner nicht möglich eine Besprechung über den Belagerungszustand, Preßzensur, Vereins- und Versammlungsrecht herbeizuführen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Verbesserung der Kriegsfürsorge konnte nur im Plenum beraten werden, blieb aber in der Kommission stecken, so daß diese Aktion gänzlich wirkungslos ausgegangen ist. Bemerkenswert ist jedoch, daß ein mittelstandsretterischer Antrag, der einzelnen Gewerbegruppen staatliche Unterstützung bieten soll, bei Regierung und bürgerlichen Parteien das größte Entgegenkommen fand und angenommen wurde, während man eine kleine Verbesserung der Renten der Bergarbeiter-Invaliden ablehnte, weil man nicht eine einzelne Gruppe bei solcher Fürsorge besonders bevorzugen kann!!

Bei den Verhandlungen über die Volksernährung stießen die Interessengegensätze mehrfach scharf aufeinander. Die Kommissionsleitsätze, die den Konsumenten-Standpunkt klarlegen, wurden zwar angenommen, doch liegt kein die Regierung verpflichtender Beschluß vor, weil die Erste Kammer nicht mehr dazu Stellung nehmen konnte.

Im allgemeinen muß gesagt werden, daß dieser außerordentliche Landtag die Arbeiterklasse Sachsens in keiner Weise befriedigen kann. Ihren Vertretern wurde immer und immer wieder der Burgfriede vorgehalten, unter dem nichts gefordert werden dürfe, wenn sie die Interessen der besitzlosen Klasse vertreten. Es blieb ihnen nichts weiter übrig, als dieses Verfahren öffentlich zu kennzeichnen. Der ordentliche Landtag tritt im November zusammen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 20. Juli.

Die Bürgerschaft erledigte die Tagesordnung ihrer gestrigen Versammlung — es handelt sich um die verfassungsmäßige „Volksfestversammlung" — in verhältnismäßig kurzer Zeit. Zu einer lebhafteren Debatte kam es nur bei dem Senatsantrag auf Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Beratung über die zweckmäßige Gestaltung des höheren Schulwesens in Lübeck. Die Veranlassung zu der Aussprache gab ein Senatsdekret, das sich mit der Unterzeichnung der Bürgerschaftskommissionsberichte durch die Mitglieder der Kommissionen beschäftigt und es tadelt, daß unter dem Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage betr. den Neubau der Oberrealschule auch die Namen von zwei Mitgliedern standen, die bei Erstattung des Berichts garnicht in Lübeck anwesend waren, den Bericht vielleicht garnicht vorher gelesen hatten. Herr Dr. Ziehl meinte, der Senat habe mit seinem Dekret nur einer unbequemen Kommission eins anwischen wollen, was Genosse Hoff unterstrich unter dem Hinzufügen, daß der Senat gerade jetzt die ungeeignetste Zeit zu einem Konflikt mit der Bürgerschaft gewählt habe. Auch andere Mitglieder der Bürgerschaft waren von dem Vorgehen des Senates wenig erbaut, wie sich aus ihren allerdings in sanfteren Tönen gehaltenen Ausführungen ergab. Vom Senatstische wurde bestritten, daß irgendwelche unsachliche Beweggründe den Senat zu seinem Vorgehen bewogen hätten. Wie der Wortführer mitteilte, haben die Geschäftsvorstände angeregt, daß in Zukunft nur die Vorsitzenden der Kommissionen die Berichte unterschreiben sollen. Damit war die Bürgerschaft einverstanden.

Der Senatsantrag auf Erlaß eines Nachtrages zum Gesetz über die Gehalts- und Lohnfortzahlung an staatliche Angestellte und Arbeiter während des Kriegsdienstes gab unserm Genossen Hoff Gelegenheit zur Kritik des Verfahrens der Feststellungskommission für die Kriegsunterstützung, den Kriegerfrauen, deren Ehemänner kleine Unfallrenten beziehen, diese auf die Unterstützung anzurechnen. Herr Senator Dr. Vermehren erklärte, daß demnächst eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Kinder der Kriegsteilnehmer erfolgen soll. Das ist unserer Ansicht nach in dieser teuren Zeit auch sehr notwendig.

Da nach der Verfassung im November dieses Jahres die Bürgerschaftswahlen stattzufinden haben, richtete Genosse Löwigt im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion an den Senat die Anfrage, ob Lübeck dem Vorbilde anderer deutscher Bundesstaaten folgen und in Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse die Wahlen auf das nächste Jahr verschieben werde. Der Senat schwieg dazu, während der Wortführer erklärte, daß seines Wissens nicht beabsichtigt sei, die

Bürgerschaftswahlen zu verschieben. Daraufhin stellte Genosse Löwigt einen Antrag, den Senat zu ersuchen, die Bürgerschaftswahlen erst im nächsten Jahre stattfinden zu lassen. Er wies begründend darauf hin, daß es ungerecht sei, die Tausende der Bürger, die jetzt im Felde stehen, von der Wahl auszuschließen und die Möglichkeit zu nehmen, bei der Aufstellung der Kandidaten mitzuwirken. Die zum Kriegsdienst eingezogenen Wähler der vierten Klasse in Schlutup-Vorwerk hätten dann in zwölf Jahren nur einmal Gelegenheit zur Ausübung ihres Wahlrechts. Dazu kommen noch die Einwirkungen des Krieges auf die Einkommensverhältnisse, die bei den Wahlen ihren Ausdruck nicht finden sollten. Gegen den Antrag von Löwigt wendete sich besonders Herr Dr. Benda, der dafür kein Bedürfnis erkennen kann, weil die bürgerlichen Parteien sich einig wären und beschlossen hätten, in der zweiten Klasse keine Kandidaten aufzustellen. Ein Wahlkampf würde demnach nicht stattfinden. Von der vierten Klasse sprach Dr. Benda jedoch nicht und das wäre doch gerade interessant gewesen. Genosse Löwigt betonte demgegenüber, daß es sehr notwendig sei, anläßlich der Bürgerschaftswahlen wichtige Fragen öffentlich zu diskutieren und auch deshalb sei die Hinausschiebung des Wahltermins angebracht. Herr A. Pape unterstützte den Antrag Löwigt, für den sich in der Abstimmung 41 Bürgerschaftsmitglieder erklärten, während 22 gegen ihn stimmten. Er bedarf, um an den Bürgerausschuß zu kommen, noch einer zweiten Lesung.

Um 9 Uhr konnte der Wortführer die Versammlung schließen.

Sonne.

Die goldene Sommersonne liegt draußen auf Berg und Tal, auf Feld und Wald. In jedem Lebewesen stachelt sie den Trieb nach Leben zur höchsten Art. Voll Wonne genießt auch der Mensch das lachende Licht: Leben läßt es ihn fühlen, das Leben von seiner frohesten Seite, Lebensglück. Wie eine Mutter gibt sich die Sonne hin, allen gleich, und so sind von Natur aus allen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Alle, alle können von Natur aus in gleicher Weise schöpfen, aus diesem Urquell alles Seins. Die erste, die grundlegende Voraussetzung zum Leben haben alle Menschen in gleicher Art und wenn dennoch Verschiedenheiten bestehen, so hat sie der Mensch geschaffen. Menschenwerk ist es, wenn das lebenspendende Licht auch die Not schauen muß, bitteres Sehnen und Schmachten, Menschenwerk, wenn sie sehen muß, wie draußen im Westen und Osten der Tod durch die Reihen geht und daheim die dunkle Trauer. Der Lebenstrieb ist der Trieb der Welt; zu leben, zu leben in seiner vollen Eigenart, zu leben in seiner ganzen Natürlichkeit, das ist der Grundtrieb des Ganzen. Der Sonne soll unser Leben folgen; die Freude am Leben soll unseres Lebens, unseres Wirkens und Schaffens Inhalt sein. Nur das Leben ist natürlich, entspricht dem obersten Gesetze der Natur, das voll Sonne ist.

Unser Leben von heute gleicht der kalten Winterzeit, da die Sonne nicht lacht. Vergebens lechzen Tausende und Hunderttausende darnach. Not und Trauer lagern über unserem Sein, Hunger und Sehnen. Unser Zusammenleben ermöglicht nicht jedem in gleicher Weise den Platz in der Sonne, auf den er Anspruch hat.

Ein gleiches Recht auf das Leben ermöglicht uns erst die Welt, die jedwede unnatürlichen Rücksichten und Voraussetzungen beseitigen wird. Eine solche Welt gewährt jedem die gleiche Möglichkeit zur Entwicklung seines Ich, gewährt jedem die rechte Befriedigung seines Lebenstriebes.

Darum können wir erst im vollen Glück im sozialistischen Staate die Sonne genießen. In vollen Zügen können wir erst dann trinken ihr Licht, mit überschwenglichem Herzen erst dann uns erfreuen der lachenden Pracht, die sie ausgießt auf alles Sein. Eine Sonne, eine Menschheit, ein Glück: das ist der Sozialismus und er allein.

Gegen die Erhöhung der Getreidepreise, die zur größten Beunruhigung der Bevölkerung nach verschiedenen Meldungen von der Reichsregierung geplant sein soll, richtet sich, wie man uns mitzuteilen ersucht, in letzter Stunde eine an die Reichsleitung gesandte Eingabe des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen. Er hält, abgesehen von dem ungünstigen Eindruck auf die Feinde Deutschlands, besonders die moralisch-politische Schadenswirkung einer Getreidepreiserhöhung für überaus bedenklich. Die bisherigen Preise scheinen dem Ausschuß schon überreichlich hoch zu sein, da sie weniger durch die Produktionskosten als durch die bei ihrer Festsetzung vorhandenen Spekulationspreise, ferner durch die damals noch bestehende Neigung in der Regierung zu einer Sparpreispolitik im Gegensatz zur Beschlagnahmepolitik und schließlich durch die Hoffnung auf größere Einfuhr bei erhöhten Preisen bedingt wurden. In diesem Jahre aber sind nach Ansicht des Kriegsausschusses die Produktionskosten durch die mannigfachen öffentlichen und privaten Hilfsmaßnahmen eher niedriger als höher geworden. Im gleichen Maße scheint ihm eine Ermäßigung der Höchstpreise näher zu liegen als ihre Erhöhung. Da nach den meisten Meldungen die uns diesesmal ganz zur Verfügung stehende Ernte zum mindesten mittelgut zu werden verspreche, so sei bei Getreidepreisen etwa auf der Höhe höchster Friedenspreise im allgemeinen eine Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert. Außerdem brauchten in diesem Jahre nicht die Händlerkosten und -gewinne eingerechnet zu werden, da es sich um normale Uebernahmepreise beim Produzenten selbst handle. Die vorsichtig anzusetzenden monatlichen Zuschläge sollten, wenn der Ernteertrag später ein noch günstigeres Ergebnis zeigt, als jetzt zugrunde gelegt werden, überhaupt fortfallen, wenn nicht eine weitere Herabsetzung der Grundhöchstpreise geboten erscheine. Zum Schluß weist die Eingabe auf den in Oesterreich bei der Festsetzung der Höchstpreise leitenden Grundsatz hin: Einhaltung des goldenen Mittelweges zwischen den Preise vor dem Kriege und den augenblicklichen Handelspreisen. — Durch derartige Maßnahmen sei die Gefahr einer weiteren Erschütterung des Glaubens der Bevölkerung an eine gerechte Behandlung durch die verantwortlichen Stellen zu beseitigen und die auch künftig unbedingt notwendige moralische und wirtschaftliche Widerstandskraft zu erhöhen. Bei dem enormen Steigen aller übrigen Lebensmittelpreise müsse wenigstens das tägliche Brot zu angemessenen Bedingungen zu haben sein.

Ausfuhrbewilligung in Bulgarien. Man schreibt uns: Privaten Nachrichten zufolge soll in der letzten Zeit in Bulgarien für folgende Artikel Ausfuhrerlaubnis erteilt worden sein: Mais 1914er Ernte, Stroh 1914er Ernte, Heu 1914er Ernte, Schweinefett, Hafer, Erbsen, Linsen, Wollgarne, Schajakstoffe (d. h. naturbraune Wollstoffe), Bockleder (auch Sachtian gen.), Schafleder (auch Meschin gen.)

Lübecker Kriegsverletzte. Man schreibt uns: In wiederholten Erlassen hat das Kriegsministerium angeordnet, daß die sicher dienstuntauglichen Verwundeten und Kranken möglichst frühzeitig in die Lazarette ihres Heimatsgebietes zu überführen sind. Selbstverständlich kann die Ueberführung nur erfolgen, soweit sie ohne gesundheitlichen Nachteil für den Verletzten durchführbar ist. Wenn aber diese Voraussetzung gegeben ist, wird jene Verordnung des Kriegsministeriums in allen geeigneten Fällen Ueberführung Lübecker Kriegsverletzter in die hiesigen Lazarette ermöglichen. Angehörige von Kriegsverletzten, die in Lübeck beheimatet sind und die den Wunsch haben, daß eine Ueberführung in die hiesigen Lazarette stattfindet, wenden sich zweckmäßig alsbald an den Lübecker Landesausschuß für Kriegsverletzte, Parade 1, der gerne das Seine dazu beitragen wird, in allen geeigneten Fällen die Ueberführung der Lübecker Kriegsverletzten nach hier zu ermöglichen. Kann doch auch die Fürsorge des Landesausschusses für wirtschaftliche Zukunft der Kriegsverletzten um so wirksamer erfolgen, je zeitiger sie in Angriff genommen wird.

Brotkartenausgabe. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen Brotkartenempfänger, welche ihre Wohnung am 1. Juli gewechselt haben, die Brotkarten an der zu ihrer neuen Wohnung gehörigen Ausgabestelle in Empfang zu nehmen haben.

Billige Dampferfahrten für Kinder veranstaltet am Mittwoch, Donnerstag und Freitag der Ostseebäderverkehr. Dampfer „Phönix" fährt an diesen Tagen nachmittags 2 Uhr ab Holstenbrücke, mit Konzert am Bord nach Travemünde. Rückfahrt abends 7,10 Uhr. Karten sind an allen 3 Tagen im Kontor beim Holstentor zu haben.

Hamburg. Beide Beine abgefahren. Auf dem Neuen Schützenhof geriet der fünfjährige Sohn des Straßenbahnführers Dreessen aus Barmbek beim Anfahren des Zuges mit den Beinen unter den Anhängewagen und wurde so schwer verletzt, daß ihm beide Beine abgenommen werden mußten. — Durch Selbstmord geendet hat der Handlungsgehilfe K., der eine Firma im Freihafen durch falsche Buchungen um 2500 Mark geschädigt hatte.

Altona. Großfeuer in Eidelstedt. Ein riesiger Feuerschein färbte am Montag abend gegen 10 Uhr den Abendhimmel glutrot. Es stand die aus mehreren Schuppen und massiven Gebäuden bestehende Lederfabrik von H. Westphal an der Kielerstraße in Flammen. Lichterloh schossen die haushohen Flammen aus den brennenden Schuppen und Gebäudeteilen, so daß binnen wenigen Minuten das ganze Fabrikterrain ein einziges Flammenmeer bildete. Hilfsbereit rückten die Wehren von Eidelstedt, Schnelsen, Langenfelde und den anderen Nachbarortschaften mit ihren Spritzen zur Brandstelle, erbaten aber gleich die Hilfe der Altonaer Feuerwehr, die mit mehreren Zügen schnell zur Stelle war. Da die Lederfabrik ziemlich isoliert liegt, war für die Umgegend keine Gefahr vorhanden, so daß die Feuerwehr auf die Rettung der Hauptfabrikgebäude bedacht sein konnte. In wie weitem Umfange das gelungen ist, ließ sich bis zur Stunde, wo die gesamten Löschkräfte noch unausgesetzt tätig sind, nicht beurteilen. Dem Anscheine nach aber wird auch das Hauptfabrikgebäude, dessen Wert auf eine Million beziffert wird, dem Flammenmeer zum Opfer gefallen sein, so daß nur das Wohngebäude mit den Kontorräumen gerettet werden konnte. Mit dem von den Flammen vernichteten Schuppen sind auch größere Ledervorräte, die dort zum Trocknen untergebracht waren, verbrannt.

Harburg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag auf der Eisenbahnbrücke über die Süderelbe. Dort ist die Firma Flender aus Benrat damit beschäftigt, die alten Flutbogen durch neue zu ersetzen. In der betreffenden Nacht sollte ein neuer Flutbogen an Ort und Stelle gebracht werden. Dabei wurden die beiden Arbeiter Stümke und Schier von einem vorbeifahrenden Güterzuge erfaßt und zur Seite geschleudert. Ein schnell hinzugezogener Arzt leisteten den Verletzten die erste Hilfe, worauf beide in das Krankenhaus in Harburg transportiert wurden. Dort ist Stümke, der einen schweren Schädelbruch erlitten hatte, seinen Verletzungen bereits erlegen, während für Schier, der auch schwer verletzt wurde, keine Lebensgefahr besteht.

Kiel. Interessanter Rechtsstreit wegen Umsatzsteuer. Das Kieler Grundstück Kirchhof-Allee 88 wurde bei der Zwangsversteigerung dem Kaufmann Hecht aus Russee für 23 000 Mk. zugeschlagen. Auf dem Grundstück lastete zu der Zeit eine ältere Hypothek von 25 000 Mark und eine Hypothek von 15 000 Mark, die Hecht ein paar Tage vorher von dem bisherigen Inhaber dieser Hypothek für 5000 Mark erworben hatte. Der Magistrat von Kiel zog nun Hecht unter Schätzung des gemeinen Wertes des Grundstückes auf 30 000 Mk. mit 600 Mk. zur Gemeinde-Umsatzsteuer heran. Hecht klagte auf Freistellung, indem er sich auf den § 1 Absatz 5 der Kieler Umsatzsteuerordnung berief, welcher bestimmt: „Bei Erwerbung eines Grundstücks im Zwangsversteigerungsverfahren ist die Steuer von demjenigen zu entrichten, welchem der Zuschlag erteilt ist. Wenn der Erwerber das Grundstück im Zwangsversteigerungsverfahren zur Deckung einer Hypothekenforderung erstanden hat und dabei eine Einbuße erlitten hat, so wird die Einbuße bis zur Höhe der Umsatzsteuer auf diese angerechnet. Als Einbuße gilt nur derjenige Betrag, um den die bar zu zahlende Kaufsumme unter Hinzurechnung der eigenen Hypotheken des Erwerbers und der von ihm übernommenen anderen Hypotheken und besonderen Leistungen den gemeinen Wert des Grundstückes überschreitet." Hecht machte geltend, die erste Hypothek von 25 000 Mk., beziehungsweise die betreffende auf dem Grundstück lastende Schuld, habe er bei Erteilung des Zuschlags übernehmen müssen, außerdem habe er einen Barbetrag zuzahlen müssen. Erworben habe er das Grundstück, um die zweite Hypothek von 15 000 Mk., die er vorher für 5000 Mark vom Inhaber dieser Hypothek übernommen habe, zu retten. Somit käme § 1 Absatz 5 der Umsatzsteuerordnung zur Anwendung. Wenn aber eine Verrechnung gemäß § 1 Absatz 5 vorgenommen werde, dann komme zu seinen Lasten noch eine Einbuße von 2000 Mk. heraus. Somit könnte er nicht angehalten werden, die 600 Mk. Umsatzsteuer zu zahlen. Der Magistrat machte demgegenüber geltend, daß hier überhaupt kein Erwerb zur Deckung einer Hypothekenforderung vorliege. Denn die Hypothek von 15 000 Mk. könne als solche Hypothekenforderung nicht in Frage kommen. Das Zwangsversteigerungsverfahren sei schon eingeleitet gewesen, als er diese Hypothek von ihrem Vorbesitzer für 5000 Mk. erworben habe. Daß er im Besitz der Hypothek war, als ihm der Zuschlag für das Grundstück erteilt wurde, sei unerheblich. Jedenfalls müsse angenommen werden, daß er diese Hypothek schnell nur deshalb erworben habe, um das Grundstück billig zu erstehen. Unter diesen Umständen könne nicht angenommen werden, daß er das Grundstück in der Zwangsversteigerung erworben habe, um eine Hypothekenforderung zu retten. So, wie die Dinge hier lägen, würde eine solche Annahme dem Sinne der betreffenden Bestimmung der Steuerordnung widersprechen. Der Bezirksausschuß in Schleswig stellte jedoch den Kläger von der Umsatzsteuer frei. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Mit Recht habe der Bezirksausschuß den § 1 Absatz 5 der Steuerordnung zugunsten des Klägers für anwendbar erachtet. Maßgebend sei lediglich die Tatsache, daß der Ersteher des Grundstückes zur Zeit der Erstehung Eigentümer der fraglichen Hypothek gewesen sei, das Grundstück zur Deckung der Hypothek erworben und dabei eine Einbuße erlitten habe. Dies liege hier alles vor. Wenn der Mann auch nur 5000 Mk. für die 15 000 Mk. betragende Hypothek gezahlt habe, so sei er doch in die Rechte des Vorbesitzers der Hypothek vollständig eingetreten gewesen, als der Zuschlag erteilt wurde. Steuerrechtlich sei mit einer Einbuße zu rechnen. Ob H. durch jenes Geschäft mit der Hypothek tatsächlich wirtschaftlich mit einem Gewinn abschloß, darauf komme es gegenüber der Bestimmung der Steuerordnung nicht an.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 20. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Im Anschluß an eine Minensprengung bei Schloß Hooge, östlich von Ypern, setzten die Engländer beiderseits der Straße Hooge-Ypern zum Angriff ein. Der Angriff brach vor unseren Stellungen zusammen. Teilweise kam er in unserem Artilleriefeuer gar nicht zur Durchführung. Den Sprengtrichter haben die Engländer besetzt. Bei Souchez wurden Handgranatenangriffe abgeschlagen. Nach lebhafter Feuertätigkeit ihrer Artillerie in Gegend von Albert versuchten die Franzosen abends einen Vorstoß gegen unsere Stellung bei Fricourt. Sie wurden zurückgeschlagen.

Oestlicher Kriegsschauplatz. In Kurland wurden die Russen bei Schmarden, östlich Tuckum, bei Gröndorf und Usingen zurückgeschlagen. Auch östlich Kurschany weicht der Gegner vor unserem Angriff. Nördlich Nowogrod (am Narew) bemächtigten sich deutsche Truppen feindlicher Stellungen nördlich des Zusammenflusses der Bäche Skroda und Pissa. Neu eingetroffene Landsturmtruppen, die hier zum erstenmal ins Feuer traten, zeichneten sich hier besonders aus. Nördlich der Skwamündung erreichten wir den Narew. Die auf dem nordwestlichen Flußufer gelegene ständige Befestigung von Ostrolenka wurde besetzt. Südlich der Weichsel sind unsere Truppen bis zur Blonie-Grodzik-Stellung vorgedrungen. Bei Nachhutkämpfen verloren die Russen über 560 Gefangene und zwei Maschinengewehre.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Die deutsche Landwehr und Reservetruppen des Generalobersten v. Woyrsch haben den überlegenen Feind aus der Ikanka-Stellung völlig geworfen und alle Gegenstöße eiligst herbeigeführter russischer Verstärkungen abgewiesen. Ueber 5000 Gefangene fielen in deutsche Hand. Unsere Truppen sind dem geschlagenen Feind auf den Fersen. Kavallerie erreichte bereits die Bahn Radom-Iwangorod. Zwischen oberer Weichsel und Bug folgen wir dem zurückweichenden Feinde.

Oberste Heeresleitung.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Für die uns zu unserer silbernen Hochzeit dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir Allen unseren herzlichsten Dank.
Rich. Trüsch und Frau geb. Casperke.
Lübeck, 18. Juli 1915. (3134

Für die uns zu unserer silbernen Hochzeit dargebracht. Glückwünsche und Geschenke sagen wir hiermit allen Verwandten u. Bekannten, sowie dem Gesangverein „Einigkeit" unsern besten Dank.
Wilh. Abraham u. Frau geb. Borgwardt.
3131)

Zum 1. Oktober
13 Wohn. 150–235 Mk.
Noch im Bau. Kochgas. (3128
2. Abg. Oberstrasse 57.

Sitz- und Liegewagen, neu, Gummiräder, billig zu verk.
3130) Sedanstr. 27 I.

Ragoda
wäscht unübertroffen.
Es ist im Gebrauch bedeutend billiger als Seife. (2975

Empfehle mein Fuhrwerk zum Transport von Möbeln u. Dampfkisten. (3127
Übernahme von Umzügen usw.
F. W. Tietz,
Transport- u. Feuerungs-Geschäft
Lübeck, Pelzerstr. 24. Fernr. 1765.

Ia. Speise-Bohnenmehl
(ohne Brotmarken) offeriert zu
Mk. **0.50** per Pfd.
2478 **Carl Moll, Alsheide 12.**

Visitenkarten
100 Stück von 1.— Mk. an liefert
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Achtung! Achtung!
Fast jede Hausfrau scheuert und wäscht jetzt mit
Spethmanns Scheuerseife,
weiße weiche Hausseife a Pfd. nur 20 Pfg., in Fässern von 30–60 Pfd. a Pfd. 18 Pfg. Behälter mitbringen. Auch nach auswärts gegen Nachnahme.
Ferner empfehle ich meine **Salmiak-Terpentin-Silber-Schmierseife** a Pfd. 50 Pfg. in Dosen frei Haus. (3126
Spezial-Seifenhandlung
Aug. Spethmann, Fackenbg. Allee 58b, p.

Sozialdemokratische Frauen
Kinderausflug nach Fischerbuden
am Donnerstag, den 22. Juli.
Treffpunkt: Alter Bahnhof um 2¼ Uhr.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
3133) Das Komitee.

Deutscher
Bauarbeiter - Verband.
Zweigverein Lübeck.
Mitglieder-Versammlg.
am Mittwoch, dem 21. Juli, abends 8½ Uhr.
im „Gewerkschaftshaus"
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1915. 3132
2. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Zweigvereinsvorstand.

Volksküche. 3129
Mittwoch, 21. Juli: Bohnensuppe, Schweinefleisch und Kartoffeln.
Donnerstag, 22. Juli: Milchsuppe, Fleischklöße mit Zwiebelsauce und Kartoffeln.
Freitag, 23. Juli: Erbsensuppe, Schweinefleisch, Kohl und Kartoffeln.

Eine Wohltat eigner Art
Ist und bleibt 'ne Wasserfahrt.
3 billige Kinder-Sonderfahrten mit Musik
mit Lübecks größtem, elegantestem, 960 Personen fassendem
Passagierdampfer „Phönix"
Mittwoch, Donnerstag, Freitag
nach Travemünde.
Abfahrt 2 Uhr b. d. Holstenbr. Rückf. 7,10 ab Travemünde.
Fahrpreise: Hin und zurück
30 Pfg. für Kinder 50 Pfg. für Erwachsene 30 Pfg. für Soldaten
Kartenverkauf an allen 3 Tagen von morgens 8 Uhr an im Kontor beim Holstentor. (3125
Fernsprecher 8836. Die Betriebsleitung.

Beerdigungs-Institut
Fernruf 1508. **Wilh. Festerling** Hausstr. 57. 2788
Uebernahme von Erd- u. Feuerbestattungen.
:: Ueberführung von und nach auswärts. ::

Nr. 167
22. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag, den 20. Juli 1915

Kriegsbriefe.

Im Fesselballon über der Lorettohöhe.

Nördlich Arras, den 10. Juli.

Wieder brummt unser Auto durch das Land der toten Kolenzechen. Wieder taucht am Horizont der rauchende, schwelende Hügel von Loretto auf, mit seiner scharf herausspringenden Waldsilhouette von Bouvigny. Wieder stehen wir plötzlich auf dem Turmdach einer Fosse und sehen auf diese Schlacht, die nie ein Ende nimmt. Hier standen wir vor vier Wochen und meinten: Nun hat er genug, der Franzose, nun gibt er Ruh', nun kommen auch für diese Gräben die Tage der Erholung und des friedlichen Wartens. Aber während wir weit weg an der Aisne und an der Maas saßen und wanderten, redeten und schrieben, da ging diese unheimliche Loretto-Schlacht Tag bei Tag, Stunde bei Stunde, Nacht bei Nachtihren blutigen Gang weiter: um die „Zuckerfabrik", um das „Wasserschloß", um den „Friedhof von Souchez", um das Gehöft „Cabarat Rouge", um das Totenbett der „Schlamm-Mulde", um die zersplitterten Baumstümpfe des „Marokkanerwäldchen". In allen diesen Namen zittert tausendfacher Grimm und Tod, Sieg und Freude — für zahllose tapfere Männer hüben und drüben. Wann ist diese Schlacht zu Ende? Gestern abend stürmten französische Jäger vom Südosthang der Lorettohöhe gegen den Damm der Kleinbahn-Souchez—Lievin an. Heute abend soll der Friedhof von Souchez durch unsere .... er zurückerobert werden. Die morgige Beschießung von Arras wird ein heftiges Feuer auf unsere Artilleriestellungen bei .... zur Folge haben. Wenn man die genaue Linie unserer jetzigen Front studiert, kann selbst der Laie sicher sagen: hier werden wir, dort wird der Gegner angreifen müssen. So unausgeglichen, so kampfschwanger ist heute noch diese in merkwürdigen Bogen und Zickzacklinien verlaufende Arras-Front.

Heute weht ein ziemlich starker Westwind von der feindlichen Höhe gegen uns her. Die Scheibenreste klirren in den Fugen des Eisenturmes, in dessen Spitze wir hocken. Trotz des heftigen Windes stehen fünf unserer Fesselballons hoch in der klaren Luft. Sie stehen gegen den Wind — die Spitze aufwärts gegen den Feind gerichtet. Mit dem schwanzartig eingezogenen Wulst, der ihre ruhige Lage reguliert, sehen sie aus wie graue Krebse, die sich aufgerichtet haben oder wie drohende Brownings; fünf Riesenaugen sind es, die unbeweglich, unaufhörlich in und hinter die feindliche Front hineinstarren und jedes Mündungsfeuer und jeden Granateinschlag genau beobachten.

Ich habe den blutenden und rauchenden Körper der Lorettohöhe von nah und fern gesehen, auch nachts in schreckendem Weißlicht der französischen Fallschirmraketen, im roten Feuerregen der deutschen Leuchtkugeln. Heute darf ich die Lorettohöhe aus dem Himmel betrachten. Ich soll um drei Uhr im Ballon aufsteigen und Weltgeschichte aus 500 Meter Lufthöhe sehen — das ganze Schlachtfeld, tief in den Feind hinein, vielleicht bis Arras ..

Wir fahren über holprige Feldstraßen, zwischen Ziegeleien und Windmühlen hindurch, bald schnurgerade auf die Vimy-Höhe, bald auf die Gisela-Höhe, hinter der Souchez versteckt liegt, bald auf Notre Dam de Lorette selber zu. Wir sind so nahe, daß wir vom Wald von Bouvigny die ersten Bäume unterscheiden können. Sie stehen links etwas für sich — wir wissen, daß in ihren Kronen französische Beobachter hocken, und wir wissen, daß der Wald von Bouvigny gespickt ist mit feindlicher Artillerie. Sie könnten unser Auto genau so leicht und sicher „umlegen", wie neulich eins unserer Feldgeschütze ein französisches Auto bei Soissons zusammenschoß. Aber es passiert nichts.

Plötzlich liegt es da: silbergrau, auf freiem Felde, fünfzig Soldaten hängen in Schnüren an seinem Leibe, der starke Wind wiegt die graue Masse hin und her, 20 Meter entfernt steht die Motorwinde auf einem Wagen, den sechs Pferde ziehen. Der Draht, der über die Winde läuft, ist dünn wie starker Bindfaden. Der Korb, in dem wir sitzen sollen, klein und schmal. Die dicken Gäule schlagen mit den Schwänzen. Wenn der Ballon beschossen wird, traben sie kreuz und quer mit uns ab.

Ich war nie in einem Flugapparat, nie in einem Zeppelin, nie in einem Freiballon. Mit diesem Aufstieg über das Schlachtfeld von Arras erlebte ich zugleich das große Erlebnis (das für unser Kind kleiner sein wird als für uns): ich sollte überhaupt zum ersten Male unsere Mutter Erde von „draußen" sehen. Als ich in die Gondel stieg, zitterte ich vor Aufregung.

„Ballon langsam loslassen" — ein junger bayerischer Leutnant schreit durch den Wind; zehn, zwölf Männerkehlen schreien es wieder. Ein Flattern und Rauschen von Leinwand und Stricken, ein Klatschen und Pfeifen von Wind in den Tauen. „Ballon los" — noch steht unser Korb — plötzlich schwebte ich vier Meter über dem Leutnant, der zu mir heraufklacht. Ich rufe noch schnell etwas hinunter, aber schon bin ich so hoch, daß niemand mehr etwas hört. Die sechs Pferde sind klein wie bleierne Spielpferde, die Soldaten Liliputaner, die Bäume der Landstraßen eine Schnur von grünen Holzperlen. Der Wind pfeift durch die Taue. Allmählich wage ich ringsum zu blicken. Aber zunächst sehe ich nichts als ein ungeklärtes Wirrwarr von Flecken und Linien. „Nun — was sagen Sie?" Ich zucke zusammen — denn ich habe in dem Wind und in dem Staunen ganz vergessen, daß ich nicht allein bin. Hinter mir steht der Kommandeur der Luftschifferabteilung Nr. .... mit dem Glas in der Hand und späht in Richtung Vimy. „Sehen Sie die Batterie feuern?" Ich sehe scharf nach links hinüber — richtig — da zucken rote Feuerstrahlen hinter dem Walde auf — rote lange Feuergarben, die aus verschiedenen dunklen Punkten schießen. Nun gleite ich am Walde entlang bis zu einem rauchenden roten Städtchen. Das muß Souchez sein. „Ist das Souchez, Herr Hauptmann?" — „Jawohl — und das kleine Quadrat dort hinter der Rauchsäule ist der Friedhof — der Friedhof von Souchez — Sie wissen — heute Nacht — soll abgekniffen werden." Der Hauptmann schreit in den Wind, und doch verstehe ich's kaum. Nun muß ich wieder hinunterblicken. Der Wind hat uns weitabgetrieben. Die dünne Stahltrosse steht glatt und gerade wie von Glas. Kaum sehe ich die Wiese und die Menschen noch. Ein Wolkenschatten jagt durch das Gelände — er hat die Form eines brennenden Hauses. Er jagt über das Gisela-Wäldchen, über Givenchy, über die Straße von Arras nach Lens, über Wiesen und Dörfer bis Douai. Bis Douai? Jawohl! So hoch sind wir schon. Dort zurück das Häusermeer mit den grünquellenden Bäumen, das ist Douai. „Sehen Sie die Kathedrale jetzt? Da — in der Sonne das weiße!" — Der Hauptmann schreit es. Ich rufe: „Wie? Die Kathedrale von Douai?" — „Nein, die von Arras." Ich drehe mich um. Hinter den Feuerschlünden der Vimy-Höhen, hinter den Trümmern von Neuville liegt ein schwarzer kohlender Fleck, hier oben wie eine riesige Brandstätte, und dort ganz deutlich ein weißes rauchendes Haus, ein Turmstumpf, bald verdeckt, bald frei, die brennende Kathedrale von Arras. Auch an anderen Stellen der dunklen Stadt brennt es noch. Einmal leuchtet die Sonne auf: der kohlende Haufen bekommt Licht, die Vorstädte schimmern weiß und rot, von allen Seiten ziehen grüne Perlenreihen auf die Stadt zu — dann verdeckt eine Wolke die Sonne, und alles hüllt sich wieder in grau und schwarz. Immer noch steigen wir. Ich bin erst zehn Minuten in der Luft, und schon hat sich das Auge gewöhnt. Trotz des Schaukelns der Gondel kann ich das Glas benutzen und die Loretto-Stellungen absuchen. Aber wo ist die Lorettohöhe? Nichts ist von Höhen überhaupt zu sehen. Ich sehe nur Flächen. Die klare, scharfe Silhouette des Bouvigny-Waldes ist verschwunden. Von den weißen Kalkabhängen zu beiden Seiten der „Kanzel" oberhalb Ablain keine Spur. Erst aus den Wolken der einschlagenden Granaten erkenne ich unsere Linie, ich orientiere mich an unseren feuernden Batterien. Und plötzlich liegt die Lorettohöhe ganz deutlich da, das muß sie sein: ein graues, weißes Feld von Löchern, Trichter neben Trichter, ein aufgerissener, aufgewühlter weißgrauer Acker mit dunklen Adern, die helle Ränder haben. Das sind die französischen Gräben. Und an diesen Gräben läuft das Auge weiter. Sie ziehen in den Wald nach hinten bis Ablain und Carency. Es sind ganz neue Linien, ganz anders als der Bach von Carency oder das Geleise der Kleinbahn. Am Abhang der Höhe gehen sie in die deutschen Linien über. Dort wird gekämpft. Man sieht die Linien in Rauch verschwinden. Man sieht eine zweite Reihe aufschlagender Granaten. Das ist Sperrfeuer nach hinten. Wie weit ist das! Wie hoch sind wir! Es sind kleine Flecken, die sich bewegen, wie der Wasserspiegel einer Pfütze, wenn du hart auf den Boden trittst. Und sind doch Menschen, die sterben und jammern! Und ist doch Weltgeschichte, was da unten so klein herumkriecht! „Sehen Sie das weiße Haus dort über der Landstraße im Walde?" — „Jawohl!" — „Das ist Schloß Aix-Noulette — und sehen Sie ganz weit da hinten im Dunst einen hohen Turm?" — „Jawohl!" — „Das ist der Turm von Béthune." — „Und der Doppelturm hier vorn?" — „Die Kathedrale dort hinter Lens?" — „Das ist keine Kathedrale, sondern eine Fosse, die Fosse von Loos." Ich sah eine Kohlenzeche mit zwei Eisentürmen — schon wie eine Kirche. Und ich sah den Wald von Neuve-Chapelle und die Gräben der Engländer, das rauchende Creusot-Werk in Vingles und das kanonengespickte Carency-Wäldchen, ich sah rechts und links die übrigen Fesselballons und hinter Souchez einen hohen Wasserturm, von dem die Franzosen mühelos über die Lorettohöhe sehen können. Ich sah am Boden Grabenreihe hinter Grabenreihe, deutsche und französische Reservestellungen, ich sah eine schwarzen Fleck, auf einer haarstrichfeinen Linie kriechen: das war ein Schnellzug. Ich sah —

Aber da ging plötzlich das Telephon. 500 Meter über der Erde ein surrendes Geräusch, das mich aus allen Himmeln riß. Der Hauptmann nahm das Hörrohr und sprach ein paar Worte hinein. „Jawohl, wir kommen." Dann ließ er eine rote Flagge nach draußen wehen. Der Ballon schwankte einige Minuten hin und her. Dann merkten wir an dem verstärkten Windstrom, daß uns die Motorwinde wieder niederzog.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Die gescheiterte deutsch-englische Verständigung.

Die „Nordd. Allg. Zeitung" bringt an der Spitze des Blattes vom Sonnabend abend eine offiziöse Darlegung über das Scheitern einer Verständigung zwischen England und Deutschland. Den Anlaß dazu bietet eine Rede, die Lord Haldane am 5. Juli in London gehalten hat. Der frühere englische Kriegsminister, der mehrmals deutschfreundliche Reden gehalten hat, hatte ausgeführt, daß der Zweck dieser Reden war, die friedlich gesinnten Bestandteile des deutschen Volkes von dem Einfluß der deutschen Kriegspartei und der von ihr genährten Vorstellung, als drohe Deutschland ein Ueberfall durch England im Verein mit Frankreich und Rußland, freizumachen. Die offiziöse Erklärung weist nun die Betrachtungen Haldanes über die deutsche Kriegspartei und deren geheime Ziele als ein Ammenmärchen zurück.

Um zu beweisen, daß England die Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg nicht von sich abwälzen könne, werden die Verständigungsverhandlungen veröffentlicht, die im Jahre 1912 zwischen Deutschland und England gepflogen worden sind. Die Darstellung dieser Verhandlungen ist folgende:

„Die deutsche Regierung war bei diesen Verhandlungen bemüht, mit England zu einer den allgemeinen Frieden sichernden Verständigung auf Grund eines kriegerische Konflikte zwischen beiden Mächten ausschließenden gegenseitigen Schutzabkommens zu gelangen. Als geeignetste Grundlage hierfür erschien der Abschluß eines gegenseitigen Neutralitätsvertrages. Die von deutscher Seite dafür zuerst vorgeschlagene Formulierung hatte folgenden Wortlaut:

„Sollte einer der hohen Vertragschließenden in einen Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden, so wird der andere Vertragschließende dem in den Krieg verwickelten Vertragschließenden gegenüber zum mindesten wohlwollende Neutralität beobachten und nach allen Kräften für die Lokalisierung des Konflikts bemüht sein."

England lehnte diesen Vorschlag, als zu weitgehend, ab und machte folgenden Gegenvorschlag:

„England wird keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten.

Ein Angriff auf Deutschland ist in keinem Vertrage enthalten und in keiner Kombination vorgesehen, der England zurzeit angehört, und England wird keiner Abmachung beitreten, die einen solchen Angriff bezweckt."

Dieser Vorschlag war für Deutschland unannehmbar. Abgesehen von der Dehnbarkeit des Begriffs „unprovozierter Angriff" konnte lediglich das Versprechen, über den anderen Vertragschließenden nicht grundlos herzufallen und keine aggressive Politik gegen ihn treiben zu wollen, unmöglich die Grundlage zu einem besonderen Freundschaftsvertrage bilden. Die in dem englischen Vorschlage enthaltenen Zusicherungen sind Selbstverständlichkeiten in den gegenseitigen Beziehungen zivilisierter Staaten.

Den von England geäußerten Bedenken gegen den deutschen Vorschlag suchte die Kaiserliche Regierung dadurch entgegenzukommen, daß sie nunmehr folgende Formulierung vorschlug:

Friedemann Bach.

Roman von A. E. Brachvogel.

11. Fortsetzung.

Brühl und Sulkowsky umgaben demnach einander gegenseitig mit Spionen, rivalisierten beim König, bei der Königin, bei der Gräfin Kollowrat und dem süßfreundlichen Hennicke. Brühl hatte zweierlei vor Sulkowsky voraus, erstens daß er hübscher, liebenswürdiger und daher im ganzen der Kollowrat doch angenehmer war, zweitens aber den in Petersburg weilenden, von keiner Seele in Dresden gekannten Siepmann. Sulkowsky hatte seinerseits den Vorteil, daß er dem König darum lieber war, weil er sich von dem Einfluß der Königin leise und mit jedem Tage mehr befreite. Der neue Herrscher Sachsens war ein Fanatiker der luxuriösen Ruhe. Er ließ sich nur dann aus seinem olympischen Behagen reißen, wenn es zu einem Hoffest oder zur Jagd ging. Er wollte herrschen, aber das Herrschen nicht als eine Arbeit, ein Handeln, sondern als einen angenehmen Zustand ansehen, der ihm nicht mehr Anstrengung machen dürfe, als ihm eben zur Unterhaltung nötig und seiner Eitelkeit angenehm schien. Darum ließ er die Geschäfte möglichst auf dem Fuße, auf dem sie sich zur Zeit seines Vaters befunden hatten, und nichts kam ihm ungelegener als das ewige Querulieren der Königin und der Geistlichkeit, welche Sachsen katholisieren wollten. Je mehr nun Sulkowsky imstande war, August III. in dieser gewünschten Ruhe zu erhalten, um so mehr schien August geneigt, die Geschäfte in seiner Hand zu konzentrieren. Dies war aber auch gerade der Punkt, von dem aus sich die Lage der Dinge langsam verschoben und dieselben in ein anderes Stadium zu treten begannen. — Je mehr Sulkowsky an äußerer Machtfülle zunahm und zum König hielt, desto mehr trat Brühl auf die Seite der Königin. Hennicke und die Kollowrat kamen dabei in eine peinliche Lage. Ersterer war mit jedem Tage verlegener, welche Partei er ergreifen, und die schöne Gräfin, wen von ihren Getreuen sie bevorzugen sollte. Brühl war der agilste folgsamste Liebhaber, Sulkowsky schien ihr derjenige zu sein, der sich am meisten zu emanzipieren vermöge; sie hatte aber gar nicht im Sinne, in die Hände der Königin zu fallen.

In dieser Lage befand sich der Hof, während die Weltlage sich immer trüber und verwickelter gestaltete. In äußeren Fragen konnte Sulkowsky den Grafen Brühl nicht entbehren, denn er wußte wohl, daß Oesterreichs Hilfe in Polen nur durch die Vermittlung der Königin zu erreichen sei und diese den Moment nicht vorbeigehen lassen werde, wo sie dem nunmehrigen Premier Konzessionen abringen konnte. Sulkowsky hielt dagegen die Gewährung der pragmatischen Sanktion zurück, die dem Kaiser Karl so wünschenswert war. Es war höchst charakteristisch! König August mochte Polens teuer gehegte Krone verlieren oder nicht, die Koterien seines Hofes hielten sich mit ihren Machinationen nur an das, was ihnen gerade ihr persönliches Interesse gebot. Zum Glück war Frankreich weit von Polen und hätte um Lesczinskys willen durch halb Europa ziehen müssen. Zudem hielt Kardinal Fleury von der ganzen Sache nicht allzuviel. — Sulkowsky hatte inzwischen auch in Petersburg Hilfe begehrt, und Anna schien dazu geneigt, wenn Sachsen ihre Wahl zur Kaiserin anerkennen und ihrem geliebten Biron das schöne Kurland bewilligen wollte. Das aber war Sulkowskys wunde Stelle. Biron, den er haßte, zum Herrn von Kurland machen, wie schmachvoll! So verstrich die Zeit. Siepmann hatte in Petersburg indessen seine Manöver wie in Warschau gemacht, und da man dort Sulkowskys Gesinnungen kannte, fing der Premier an, auswärts mißliebig zu werden, und auch Petersburg richtete sein Auge auf Brühl.

Dies nahende Unwetter wäre von Sulkowsky wohl nicht so bald bemerkt worden, wenn Anna von Rußland nicht allzu eifrig besorgt gewesen wäre, die durch einen coup d'état erlangte Zarenkrone legalisiert und ihren Günstling Biron im Besitz von Kurland zu wissen.

Sie hatte die letzte Note Sulkowskys in der Polenangelegenheit nicht allein mit offenkundigen Zeichen des Schmollens umgangen, sondern in einem Privatschreiben an den König sogar die Ansicht ausgesprochen, daß man in Petersburg glaube, Fürst Sulkowsky erschwere die Verhandlungen durch seine persönlichen Antipathien. Das Schlimmste dabei aber war, daß man zugleich Brühls Namen, wenn auch nebenher, in das Schreiben verflochten hatte. Der König war höchst ärgerlich, Sulkowsky schäumte vor Wut und begann Brühls Machinationen zu ahnen.

Kaum war der Pole aber klar überzeugt, daß er hier einer Mine begegne, als alle bisher beobachteten Rücksichten in den Hintergrund traten und zu Brühls großem Aerger sofort Anna anerkannt, in die Verleihung Kurlands an Biron aufs freundlichste gewilligt und nach Wien die sofortige Annahme der pragmatischen Sanktion notifiziert wurde. Alsbald setzten sich die russischen und österreichischen Regimenter nach Polen in Bewegung. Es war die höchste Zeit; denn Fleury, von der Kriegspartei in Versailles gedrängt, ließ die längst bereitgehaltenen Hilfstruppen marschieren. — Preußen blieb neutral, aber die Pforte mit Frankreich vereint und der größte Teil Polens erklärte sich offen für Stanislaus, der, um seinen Feinden zu entgehen, als Kaufmann nach Warschau gekommen war, um selbst an Ort und Stelle seine Rechte zu verteidigen.

Der Krieg war entschieden und der französische Gesandte Graf Broglio verließ sofort Dresden. Die Sachsen unter Rutofsky, Seckendorf, Johann von Weissenfels und Augusts anderem Halbbruder, dem General von Kosel, rückten indes durch Schlesien vor.

Brühl war für den Augenblick geschlagen. Er hatte mit Siepmann Unglück. Das erstemal in Warschau vernichtete Augusts des Starken Tod die diplomatischen Künste dieses Schildknappen, jetzt tat es eine plumpe Depesche. Brühl berief seinen Sekretär von Petersburg zurück und wies ihn an, unter fremden Namen nach Dresden zu kommen und sich ein Stübchen in der Vorstadt zu mieten.

Nach einer Unterredung am dritten Orte reiste Siepmann wieder ab — nach Warschau.

Die schöne Kollowrat war sehr ungehalten auf Brühl und sagte ihm rund heraus, daß bereits ein Jahr des Wartens bald vorüber sei und sie nicht absähe, wie er seine stolzen Versprechungen verwirklichen wolle. Ja, er mußte zu seinem Leidwesen sehen, wie die treulose Schöne wieder Sulkowsky zuzulächeln begann, der durch die Anerkennung der pragmatischen Sanktion sich der Königin etwas genähert hatte. Ein Glück war, daß Josephine, durch Erfahrung belehrt, einerseits dem Polen schon zu sehr mißtraute, anderseits eine so schwere Forderung an ihn auf dem Herzen hatte, daß sie sich wohl scheuen mußte, dieselbe jemals auszusprechen, zumal sie Sulkowsky eben keinen höhern Rang, keine günstigere Stellung bieten konnte, als er schon ohne sie innehatte.

Brühl, dem jetzt nur noch die Königin zugetan war, weil sie ihn zu brauchen hoffte, und der nach einer solchen Niederlage fast gar keine Aussicht sah, seine Pläne zu realisieren, war in grenzenlosester Verzweiflung. Rings von den Spionen des Gegners umlagert, hatte er nicht einen Vertrauten um sich, der ihm, ohne entdeckt zu werden, hätte Dienste leisten können. In seinem Kummer richtete er seinen Blick wieder auf Siepmann, sein unsichtbares Faktotum, und schrieb an ihn nach Warschau.

(Fortsetzung folgt.)

„Sollte einer der hohen Vertragschließenden in einen Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt werden, bei welchen man nicht sagen kann, daß er der Angreifer war, so wird ihm gegenüber der andere zum mindesten eine wohlwollende Neutralität beobachten und für die Lokalisierung des Konflikts bemüht sein. Die hohen Vertragschließenden verpflichten sich, sich gegenseitig über ihre Haltung zu verständigen, falls einer von ihnen durch offenkundige Provokation eines Dritten zu einer Kriegserklärung gezwungen sein sollte."

Auch diesen Vorschlag lehnte Sir Edward Grey ab, beschränkte sich vielmehr darauf, den ersten Absatz seines früheren Vorschlags in folgender, inhaltlich bedeutungslosen Form abzuändern:

„Da die beiden Mächte gegenseitig den Wunsch haben, Frieden und Freundschaft untereinander sicherzustellen, erklärt England, daß es keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und sich an einem solchen auch nicht beteiligen wird, auch wird es sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten."

Um im Interesse des europäischen und Weltfriedens ein äußerstes Entgegenkommen zu erweisen, trat die Kaiserliche Regierung in eine Diskussion auch dieses Vorschlags ein, machte aber weitere Verhandlungen von der Ergänzung durch folgenden Zusatz abhängig:

„England wird daher selbstverständlich wohlwollende Neutralität bewahren, sollte Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden."

Sir Edward Grey lehnte es ab, über die auf Grund eines Beschlusses des englischen Kabinetts angebotene Formel hinauszugehen. Er begründete seine Ablehnung mit der Besorgnis, andernfalls die bestehenden Freundschaften Englands mit anderen Mächten zu gefährden. Hierauf verzichtete Deutschland auf Fortführung der Verhandlungen."

Die „Nordd. Allg. Zeitung" zieht aus diesen Vorgängen den Schluß, daß England gerade das abgelehnt hat, worauf es praktisch ankam: das Neutralitätsversprechen, d. h. die Gewißheit für Deutschland, von England weder direkt noch in einem ihm von dritter Seite aufgezwungenen Kriege angegriffen zu werden. England hat in die Hand nicht eingeschlagen, die ihm Deutschland entgegenstreckte, weil ihm die Aufrechterhaltung seiner Freundschaften mit Frankreich und Rußland, die Aufrechterhaltung des sogenannten „Gleichgewichts der Kräfte", das ihm die Niederhaltung Deutschlands ermöglichen sollte, mehr am Herzen lag, als die Erhaltung des Friedens. Das offiziöse Blatt fährt dann fort:

„Gerade weil der Gedanke an einen Angriffskrieg gegen irgend welche Macht Deutschland jederzeit ferngelegen hat, konnte es sich mit der Zusicherung der englischen Neutralität für den Fall begnügen, daß ihm ein Krieg aufgezwungen würde. Die Beteiligung Englands an dem gegenwärtigen Kriege, den die Kriegspartei in Rußland im Vertrauen auf die Unterstützung Englands provoziert hat, erweist, wie gut die verantwortlichen Leiter der deutschen Politik beraten waren, als sie die Angebote Sir Edward Greys als ungenügend zurückwiesen, und wie richtig sie die englische Politik einschätzten."

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 19. Juli.

Der Vorsitzer Dimpker eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Minuten.

Es erfolgt zunächst eine Aussprache über ein Senatsdekret, das fordert, daß die Kommissionsberichte erst vervielfältigt werden, nachdem sie von den Kommissionsmitgliedern ausdrücklich genehmigt und unterzeichnet worden sind. Ferner soll durch den Vorsitzenden dann ein entsprechender Vermerk auf der Urkunde gemacht werden, falls Mitglieder an der Unterzeichnung eines von ihnen genehmigten Berichts verhindert waren.

Der Vorsitzer erklärt, die Geschäftsvorstände hätten sich mit der Angelegenheit befaßt und seien der Meinung, daß die Kommissionsberichte der Bürgerschaft und des Bürgerausschusses keine Veranlassung zu Beanstandungen gegeben hätten. In Zukunft würden die Berichte am Kopfe die Bemerkung tragen, welche Mitglieder der Bürgerschaft oder des Bürgerausschusses beteiligt seien, die Berichte selbst aber nur die Unterschrift des Vorsitzenden der Kommission tragen. Das Einholen sämtlicher Unterschriften würde eine Verlangsamung des Geschäftsganges bedeuten. Es sei Sache der Bürgerschaft, wie sie ihre Kommissionsberichte abfassen wolle.

Gegen diese Ansicht erhebt sich in der Bürgerschaft kein Widerspruch.

Senator Kulenkamp erklärt, der Senat habe nur auf eine Lücke aufmerksam machen wollen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Antrag: Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Beratung über die zweckmäßige Gestaltung des höheren Schulwesens in Lübeck.

Dr. Ziehl hätte lieber gesehen, wenn der Senat mit seinem Dekret nicht eingegriffen hätte. Redner geht ausführlich auf die Senatseinwendungen in der letzten Bürgerschaftsversammlung ein und betont ausdrücklich, daß der betr. Bericht sämtlichen Kommissionsmitgliedern vorgelegen habe. 2 Mitgliedern sei er ins Feld nachgesandt worden. Da ein Widerspruch von diesen nicht erfolgte, habe die Kommission im guten Glauben gehandelt und deren Einverständnis angenommen. Es komme auch sehr oft vor, daß die Berichte wochenlang nach Drucklegung erst unterzeichnet würden. Die Kommission sei nach altem Herkommen so verfahren. Da Direktor Reuter gefallen sei, hätte der Senat die Sache auf sich beruhen lassen sollen. Aber er habe die Gelegenheit benutzt, um einen etwas unbequemen Kommissionsbericht als weniger zuverlässig hinzustellen. Dr. Ziehl betont, er wolle heute vieles unterdrücken, doch müsse man sich wundern, in dieser Zeit solche Vorwürfe zu hören. Es herrsche die Meinung, daß der Senat der Bürgerschaft und der Kommission habe „eins anwischen" wollen. Dagegen müsse sich die Bürgerschaft energisch wehren. Es sei aber noch hervorzuheben, daß der Senat im selben Augenblick, wo er der Bürgerschaft Vorhaltungen mache, selbst Aenderungen am Dekret, das vorzeitig im Amtsblatt veröffentlicht worden sei, vorgenommen habe. Den Senat verfolge hier ein Mißgeschick.

Senator Kulenkamp kommt auf die Stellungnahme Dr. Reuters zum Kommissionsbericht zu sprechen. Reuter habe nicht die Ansicht der Kommission, sondern der Oberschulbehörde geteilt. Die Oberschulbehörde habe manches im Kommissionsbericht als Schreibfehler gewertet. Direktor Reuter habe den Bau eines Schulhauses für die Obertertianer für dringend angesehen, er sei nur ein Gegner des vorgeschlagenen Platzes, und deshalb für den Kommissionsbericht gewesen. Es komme als wesentlich in Betracht, daß es dahin stehe, ob Direktor Reuter den Entwurf des Kommissionsberichts im Felde erhalten habe. Zu dem Senatsdekret habe die Tatsache Anlaß gegeben, daß unter dem Bericht zwei Mitglieder ihre Unterschrift nicht gegeben hätten und daß diese trotzdem im gedruckten Berichte enthalten seien. Man dürfe jedoch nicht annehmen, das Dekret sei deshalb ergangen, um einem unbequemen Kommissionsbericht oder dessen Verfassern entgegenzutreten oder gar der Bürgerschaft eins auszuwischen. Er weise diesen Vorwurf entschieden zurück, ein Vorwurf, der vor 10 Jahren nicht hätte ergehen können. Der Senat lasse sich lediglich von sachlichen Gründen leiten. Die Abänderung des Dekrets habe sich nur um das Datum gedreht, an der vorzeitigen Veröffentlichung im Amtsblatt trügen die Redakteure und nicht der Senat die Schuld.

Hoff: Wir müssen unserer Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß der Senat jetzt diese Gelegenheit benutzt, um einen Konflikt vom Zaune zu brechen. Im Zeichen des Burgfriedens hätte er dieses vermeiden sollen. Der Senat kann sich nicht beklagen, daß die Bürgerschaft während des Krieges ihm nicht in allem zu Willen gewesen wäre. Wir haben sogar auf eine eingehende Budgetberatung verzichtet. Die Kommission hat nach altem Brauch gehandelt, das weiß auch der Senat, der im großen ganzen aus der Mitte der Bürgerschaft hervorgegangen ist. Es lag durchaus kein Grund vor, ein solches Dekret zu erlassen. Der Senat hat in der vorigen Sitzung seine Meinung gesagt, es war also nicht nötig, noch einmal öffentlich vorzuwerfen, der Bericht sei unrichtig. Der Senat, dem der Kommissionsbericht nicht ganz bequem ist, wollte eben der Bürgerschaft eins auswischen, wenn er dieses jetzt auch bestreitet. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Bürgerschaft, der um so mehr zu bedauern ist, als gerade in dieser Zeit nicht der geringste Anlaß vorlag.

Senator Kulenkamp weist die Auffassung des Vorredners, der Senat habe einen Konflikt vom Zaune brechen wollen, zurück.

Buchwald bedauert dieses Senatsdekret, wünscht aber keine weitere Schärfe angewandt. Das Dekret sei ein Beweis, daß sich das alte Verhältnis zwischen Senat und Bürgerschaft gegen früher leider geändert habe. Der Ton des Kommissionsberichts sei auch nicht immer zu billigen. Man müsse aber auch berücksichtigen, daß die Kommission lediglich an die Bürgerschaft berichte. Den Behörden sollte der Senat nicht die Beantwortung von Kommissionsberichten der Bürgerschaft überlassen.

Senator Kulenkamp gibt den Behörden das Recht, Berichte herauszugeben. Es handle sich dabei nur darum, der Bürgerschaft möglichst vollständiges Material zu überweisen. Gegen die Kommissionsarbeiten soll dadurch nicht ausführlich Stellung genommen werden.

Dr. v. Brocken glaubt, daß die Darlegungen Hoffs dem Senate nicht gerecht würden. Hier handle es sich um Kommissionsmitglieder, die im Felde waren, und da wäre es am Platze gewesen, den Ersatzmann heranzuziehen. Man müsse aber auch die Schwierigkeit der Materie berücksichtigen. Freilich sei der Vorsitzende der Kommission mit ihr voll vertraut. Der angeschlagene Ton wäre jedoch nicht nötig gewesen. Hoffentlich trage dieser Fall nicht zur Verschärfung der Verhältnisse bei.

Aug. Pape unterstreicht das Vorgehen des Vorsitzenden der Kommission als berechtigt, das sei auch heute wieder anerkannt worden.

Dr. Ziehl weist darauf hin, daß das Mandat der in Betracht Kommenden nicht erloschen und daß ein Ersatzmann unnötig war, weil die Kommission beschlußfähig gewesen ist.

Jenne kommt auf das frühere Verhältnis zu sprechen. Es sei bis vor 7 oder 8 Jahren nicht Sitte gewesen, auf Kommissionsberichte schriftlich zu antworten. Ein solches Verfahren führe nur zu Schwierigkeiten und unbeabsichtigten Härten. Man solle zur früheren Praxis zurückkehren und die Kommissionsberichte sofort in der Bürgerschaft oder im Bürgerausschuß zur Verhandlung stellen.

Senator Kulenkamp hebt das Recht des Senates hervor, der Bürgerschaft von Meinungsäußerungen der Behörden Kenntnis zu geben. Es müsse im Ermessen des Senates bleiben, weitere schriftliche Gründe vorzubringen.

Nach einer kurzen Debatte mit dem Senate über das Recht, wer die Zahl der Kommissionsmitglieder zu bestimmen habe, wird der Antrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

2. Antrag: Bauliche Arbeiten an den Wagenhallen an der Rabenstraße.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

3. Antrag: Erlaß eines zweiten Nachtrages zu dem Gesetz über die Gehalts- und Lohnfortzahlung an staatliche Angestellte und Arbeiter während des Kriegsdienstes vom August 1914.

Hoff begrüßt den Beschluß, daß bei den Abzügen jetzt eine andere Praxis eingeschlagen werden soll. Es kämen aber andere Härten in Betracht. Den Ehefrauen, deren Männer früher bei der Arbeit zu Schaden kamen und die 10 bis 12 Mark Rente pro Monat von Berufsgenossenschaften beziehen, wurden diese paar Mark auf die Unterstützung angerechnet. Man sollte denn doch den armen Ehefrauen dieses Geld nicht entziehen. Der Senat sollte bei der Feststellungskommission auf eine Aenderung hinwirken. Im andern Falle würden die Ehemänner diese Unfallrente nicht der Ehefrau überweisen, sondern sich das Geld ins Feld schicken lassen. Die recht kümmerliche Unterstützung erfordere, daß dieser Geldabzug nicht gemacht werde. Ebenso werde versucht, bei den Arbeitgebern eine schriftliche Erklärung zu erwirken, womit festgestellt werden soll, daß ihr Zuschuß und die staatliche Unterstützung ja nicht mehr als ¾ des früheren Einkommens ausmache. Das ist keine Aufgabe der Feststellungskommission. Man könne es nur begrüßen, wenn einmal von sozial denkenden Arbeitgebern über die übliche Höhe hinausgegangen werde, um die Not der Familie hintanzuhalten und die Fürsorge der Kinder zu fördern. Ferner führte der Redner die Not der Choristinnen an, die bereits im vorigen Winter unter erheblich niedrigeren Löhnen beschäftigt wurden und die im Sommer nur 40 Mark monatlich erhielten. Man glaubte wohl, die Leute lebten zu üppig bei ihren früheren Bezügen. Wer begreife, welche Mittel heute dazu gehörten, um in dieser ungeheuren Teuerung eine Familie durchzubringen, könne die Praxis der Feststellungskommission nicht billigen. Redner ersucht, diesen Uebelständen entgegenzuwirken.

Senator Dr. Vermehren erklärt, diese Sache gehöre nicht in sein Ressort, aber er könne doch erklären, der Lieferungsverband habe eine Erhöhung der Unterstützungen in Aussicht genommen. Vom 1. August ab sollen für sämtliche Kinder 10,50 Mark gezahlt werden, auch der Verdienst der Frau soll nicht angerechnet werden, wenn alles zusammen nicht mehr ausmacht als 75 Prozent des früheren Verdienstes des Mannes. Das Ersuchen Hoffs gehe zu weit.

Hoff betont wiederholt, daß er es für ein Unrecht halte, den Frauen die Unfallrente zu entziehen, die ihnen von den Ehemännern überwiesen würde.

Der Senatsantrag wird hierauf endgültig angenommen.

4. Antrag: Errichtung von Gedenksteinen auf den Kriegergräbern des Ehrenfriedhofes.

Wird debattelos angenommen.

5. Antrag: Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer des Gewerbegerichts.

Löwigt: Wir stimmen dem Senatsantrag zu und halten die Begründung für durchaus richtig. Es wird angeführt, daß gerade jetzt eine Anzahl Wähler durch die Einberufung zum Krieg verhindert sind an der Wahl teilzunehmen und daß bei der Behörde Personenmangel herrscht. Bei dieser Gelegenheit will ich eine andere Sache zur Sprache bringen, obwohl sie mit dem Antrag nur im losen Zusamenhang steht. In diesem Jahre finden nach der Verfassung die Bürgerschaftswahlen statt. Es erscheint mir fraglich, ob es richtig ist, wenn wir in diesem Jahre die Wahlen wie die Verfassung vorschreibt, vornehmen. Die Gründe, die hier für die Verlängerung der Amtsdauer für die Gewerbegerichtsbeisitzer angeführt wurden, sind mindestens auch gerechtfertigt in Bezug auf die Bürgerschaftswahlen. Ich weiß ja, daß der Senat gehalten ist, nach der Verfassung zu handeln. Nun ist Ihnen aber sicher bekannt, daß eine Reihe deutscher Landesstaaten, u. a. auch Hamburg und Sachsen, beschlossen haben, die Wahlen zu den parlamentarischen Körperschaften dieses Jahr nicht vorzunehmen, weil eben auch dort eine große Zahl Wähler im Felde stehen. Dasselbe trifft auch bei den Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft zu. Tausende von Bürgern, die das Wahlrecht besitzen, sind draußen im Felde. Werden die Wahlen vollzogen, dann sind sie nicht in der Lage, ihr Wahlrecht ausüben zu können. Weiter ist von Bedeutung, daß diese Tausende sonst mitwirken bei der Aufstellung der Bürgerschaftskandidaten und daß sicher eine ganze Anzahl davon befähigt und ausersehen ist, ein Mandat zu erhalten. Da ist es denn berechtigt die Frage zu erörtern, ob die Wahlen vorgenommen werden sollen oder nicht. Werden die Bürgerschaftswahlen trotz der vorgebrachten Bedenken im kommenden Herbst vorgenommen, muß weiter berücksichtigt werden, daß viele Bürger durch den Krieg in ihren Einkommensverhältnissen geschmälert sind und deshalb in eine andere Wählerklasse kommen. Vielleicht sind auch manche Bürger vorhanden, die nicht imstande waren Steuerleistungen vollziehen zu können oder die infolge des Krieges im letzten Jahre überhaupt keine Steuern bezahlen konnten. Diese könnten dann nicht wählen, selbst wenn sie am Orte sind. Es kann nicht die Absicht des Senats und der Bürgerschaft sein, diesen Leuten, die für das Vaterland gekämpft haben, das Wahlrecht zu entziehen. Gegen die Vornahme der Wahl sprechen schwerwiegende Bedenken. Ich richte daher die Frage an den Senat, ob und welche Stellung er hierzu eingenommen hat. Auch in der Bürgerschaft wäre eine Aussprache erwünscht.

Der Vorsitzer erklärt, daß der Bürgerausschuß und der Senat die Wahlen vorzunehmen wünschen. Der Senat könne keine bindende Antwort geben.

G. Reimpell: Die Präsidien der Bürgerschaft und des Bürgerausschusses haben erklärt, es bestehe keine Absicht, die Wahlen hinauszuschieben. Derselben Ansicht war der Senatskommissar.

Löwigt stellt in Aussicht, vor Schluß der Sitzung einen Antrag auf Verschiebung der Bürgerschaftswahlen um ein Jahr einzubringen.

Der Senatsantrag auf Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer zum Gewerbegericht wird hierauf angenommen.

6. Antrag: Verleihung des Enteignungsrechts an die Baubehörde zum Erwerb einer Fläche aus dem Grundstück des Kaufmanns M. H. Franck zu Dänischburg.

7. Antrag: Nachbewilligung für den Neubau der Freeseschen Schule.

8. Antrag: Erneuerung des Rollenkranzes des 40-Tonnen-Kranes auf dem Behnkai.

Alle drei Anträge werden debattelos angenommen.

Bericht der Kommission zur Prüfung des Antrags von Böbs, betr. Erhaltung des Travemünder Strandes und des Brodtener Ufers.

Böbs empfiehlt die Ueberweisung des Antrags an den Bürgerausschuß und gibt Bericht über die Besichtigung des Brodtener Ufers durch die Kommission. Der Redner kommt auf die Uferschutzbauten im allgemeinen zu sprechen und empfiehlt Bunenbauten. Da die ursprünglich vorausgesehene Summe von 190 000 Mark der Kommission zu hoch sei und sich die Wasserbautechniker über die Art der Ausführung nicht einig seien, schlage die Kommission eine Schutzmauer vor, die wesentlich niedrigere Kosten verursachen würde. Der Bericht des Bauamts bekämpfe unsachlich den Kommissionsvorschlag, obwohl er billiger sei als die Arbeit, wie sie das Bauamt ausgeführt wissen wolle. Mit 5—6000 Mark könnte man vorläufig auskommen.

Nach einer Aeußerung des Senatskommissars Dr. Stooß, der den Vorwurf der unsachlichen Bekämpfung des Kommissionsberichts seitens des Bauamts zurückweist, wird der Antrag dem Bürgerausschuß überwiesen.

Löwigt stellt folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die nach der Verfassung in diesem Jahre vorzunehmenden Wahlen zur Bürgerschaft um 1 Jahr hinauszuschieben und der Bürgerschaft entsprechende Anträge entgegenzubringen.

Löwigt weist wiederholt darauf hin, daß durch die Vornahme der Wahlen in diesem Jahre manchem Bürger gegenüber eine Ungerechtigkeit begangen werde. Ganz besonders gegen diejenigen in Schlutup, da auf dem Landgebiet die Bürgerschaftswahlen bezirksweise nur alle 6 Jahre stattfänden. Dadurch könne ein großer Teil Schlutuper Wähler vierter Klasse in 12 Jahren nur einmal vom Wahlrecht Gebrauch machen. Das könne nicht der Wille der Bürgerschaft sein. Auch der Senat werde einsehen, daß eine derartige Handlungsweise nicht gerechtfertigt sei. Die Wahl solle nur in diesem Jahr hinausgeschoben werden. Die nächsten Wahlen hätten dann 1917 stattzufinden. Eine Verschiebung um ½ Jahr sei schon einmal erfolgt, als die Bürgerschaft eine wichtige Aenderung der Verfassung vorzunehmen beabsichtigte. Redner ersucht deshalb, dem Antrag zuzustimmen und dem Bürgerausschuß zu überweisen.

Dr. Benda freut sich, daß zur Begründung des Antrags nicht angeführt ist, daß der Burgfriede durch die Wahlbewegung gestört werden könnte; er ist aber doch gegen eine Hinausschiebung der Wahlen. Der Wahlkampf bei den Nichtsozialdemokraten werde ausscheiden, er werde sich innerhalb des Vereins abspielen. Gründe für eine Wahlverschiebung wie anderwärts liegen nicht vor, die von Herrn Löwigt angeführten würden sich, wenn der Krieg noch länger dauere, nach einem Jahr noch viel bemerkbarer machen. Notgesetze ließen sich nicht im Handumdrehen erledigen. Mit deren Beratung könne man jetzt nicht beginnen, wo viele Bürgerschaftsmitglieder im Kriege seien. Ein zwingender Grund für die Wahlverschiebung liege nicht vor.

Dr. Ziehl kann heute abend die Tragweite des Antrags gar nicht übersehen. Im Bürgerausschuß hätten die sozialdemokratischen Mitglieder kein Wort darüber verloren. Zum Schluß der Tagesordnung könne man unmöglich einen solch wichtigen Antrag besprechen. Redner erwartet, daß Löwigt das Ersuchen zurückzieht.

Löwigt: Ich würde dem Wunsche nachkommen, wenn die nächste Sitzung nicht erst im September stattfände. Dann ist keine Möglichkeit mehr vorhanden, dem Antrag zu entsprechen. Deshalb muß heute darüber abgestimmt werden. Herr Dr. Benda hat meinen Antrag bekämpft und gemeint, es finde bei den Bürgerschaftswahlen kein Wahlkampf statt. Das ist vielleicht möglich, aber bedauerlich. Gerade bei den Bürgerschaftswahlen soll in aller Oeffentlichkeit zu den verschiedensten Fragen Stellung genommen werden, wozu uns die Möglichkeit genommen wird, wenn die Wahlen in diesem Jahre stattfinden. In andern Staaten liegen die Verhältnisse genau so wie hier. Hamburg hat auch ein derartiges Notgesetz angenommen, die Gründe waren die ähnlichen, wie sie hier vorgetragen wurden. Sie können es gern verantworten, wenn sie das Ersuchen dem Bürgerausschuß überweisen. Es gibt viele Bürger, die Wert darauf legen, daß sie ihr Wahlrecht auch ausüben können. Aber was ist das Bürgerrecht für ein Recht, wenn man nicht einmal an der Bürgerschaftswahl teilnehmen kann. Geben Sie den Leuten Gelegenheit dazu. Es ist auch nicht gesagt, daß die Wahl keinerlei Mandatsverschiebung bringen wird. Ich will nur darauf hinweisen, daß z. B. die Wahl von Dr. Wittern in der vierten Klasse in Schlutup-Vorwerk nur eine Zufallswahl mit wenigen Stimmen Mehrheit für den Gewählten war. In diesem Jahr würde jedenfalls ein anderes Bild herauskommen. Aus allgemeinen Gründen der Gerechtigkeit gegen die Bürgerschaftswähler sollte man unserm Wunsche entsprechen.

Aug. Pape wendet sich gegen die Ausführungen von Dr. Benda. Nach dem Kriege könnten die Wahlen in aller Ruhe vorgenommen werden. Früher habe man die Mandatsdauer auch verlängert zu dem Zwecke, das Wahlrecht zu verschlechtern. Es sei geboten, jetzt die Wahlen zu verschieben.

Buchwald möchte keinen Präzedenzfall geschaffen sehen.

Aug. Pape regt ev. eine besondere Bürgerschaftssitzung zur Besprechung der Frage an.

Der Antrag Löwigt wird mit 41 Stimmen angenommen. 22 stimmten dagegen. Es bedarf also der zweiten Lesung.

Schluß 9 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.